

Schutzbundzeitung

(1935 – 1937)

Ein trotzkistisches Einheitsfrontprojekt

Inhalt

| | |
|--|----|
| Einleitung (Manfred Scharinger) | 3 |
| Schutzbundzeitung – Artikelübersicht | 27 |
| Schutzbundzeitung – Dokumentation | 29 |

Titelbild: Wehrturner des Republikanischen Schutzbundes

Wien, im August 2010

Revolutionär Sozialistische Organisation

Postfach 62

A-1152 Wien

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

Kontakt Österreich: rso@sozialismus.net

Kontakt Deutschland: rso-de@sozialismus.net

Kontakt Schweiz: rso-ch@sozialismus.net

Einleitung

von Manfred Scharinger

Der *Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse* war in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts die dominante linksoppositionelle Gruppierung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Als Nachfolgeorganisation der 1933 verbotenen KPÖ-Opposition gelang es ihm, in der Zeit des Austrofaschismus einen Kaderstamm nicht nur zu erhalten, sondern auch zu schulen und weiterzuentwickeln.¹ Von 1934 bis 1937 arbeiteten Genossen des *Kampfbundes* innerhalb des *Autonomen Schutzbundes*, des Nachfolgers des sozialdemokratischen *Republikanischen Schutzbundes* der Ersten Republik. Um die von 1935 bis 1937 in der Illegalität herausgegebene *Schutzbundzeitung* gelang es, ein Einheitsfrontprojekt aufzubauen und gegen massive sozialdemokratische und stalinistische Widerstände abzusichern. Die vorliegende Publikation dokumentiert diese *Schutzbundzeitung* und die dahinter stehende politische Intervention des *Kampfbundes*. Zum besseren Verständnis haben wir dem Abdruck der uns bekannten Nummern der *Schutzbundzeitung* ein ausführliches Vorwort vorangestellt, das das politische Umfeld näher beleuchten soll. Von besonderem Interesse ist hier einerseits die (Vor-) Geschichte des *Republikanischen Schutzbundes* und zum anderen eine politische Charakteristik des *Autonomen Schutzbundes* nach 1934 sowie der konkreten Umstände, unter denen die *Schutzbundzeitung* publiziert wurde.

Die Volkswehr Deutsch-Österreichs

Die offizielle Gründung der sozialdemokratischen „Parteiarmee“ erfolgte im Frühjahr 1923. Vorausgegangen war dem formellen Gründungsakt eine politische Entscheidung am Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1922. Warum die österreichische Sozialdemokratie zur Aufstellung einer paramilitärischen Truppe schritt, muss aus der innenpolitischen Situation der Ersten Republik erklärt werden.

Der Erste Weltkrieg hatte mit einer Niederlage der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geendet, die Armee löste sich auf. Ab Oktober 1918 strömten die Soldaten von der sich auflösenden Front großteils ungeordnet in ihre neuen Heimatländer zurück. Am 26. September 1918 hatte der tschechische Nationalrat die Errichtung eines selbständigen Staates erklärt, am 28. Oktober 1918 wurde die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Am 6. Oktober 1918 hatten die kroatischen, slowenischen und serbischen Landesteile Österreich-Ungarns den Beschluss gefasst, einen eigenen Nationalrat zu bilden; am 29. Oktober folgte der Zusammenschluss mit Serbien zu einem unabhängigen südslawischen Staat.

Unter Zugzwang geraten, hatten am 21. Oktober 1918 die deutschsprachigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsteils beschlossen, sich als *Pro-*

visorische Nationalversammlung für Deutschösterreich zu konstituieren. Einer aus Christlich-Sozialen, Sozialdemokrat/inn/en und Deutschnationalen gebildeten Koalitionsregierung übergab die kaiserliche Administration die Regierungsgewalt. Am 12. November 1918 wurde die Republik – und der gleichzeitige Anschluss an Deutschland – proklamiert.

Von den sich ab Oktober 1918 bildenden Nachfolgestaaten wurden fast gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der kaiserlich-königlichen Armee provisorische Streitkräfte aufgestellt – meist unter Rückgriff auf Personal und Material der habsburgischen Armee. Die offen bürgerlichen Koalitionsparteien Österreichs wussten, dass ohne die tätige Mithilfe der Sozialdemokratie die bürgerliche Ordnung auf dem Spiel stand. Ab Herbst 1918 radikalisierte sich die Stimmung unter den Arbeiter/inn/en zusehends. Deshalb waren die Koalitionspartner der Sozialdemokratie, die Christlich-Sozialen und die Deutschnationalen, auch bereit, dieser bedeutende Machtpositionen im neuen Staat zuzugestehen. Es war nicht übertrieben, wenn der sozialdemokratische Parteiführer Otto Bauer sich stolz dazu bekannte, dass ohne die Sozialdemokratie eine Stabilisierung der bürgerlichen Ordnung nicht möglich gewesen wäre:

„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geiste der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, Gefahr drohenden Konflikten in den Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: Die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariermassen. (...) Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre wehrlos dem Misstrauen und dem Hass der Proletariermassen gegenübergestanden. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufuhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur ihnen vertrauten die Proletariermassen. (...) Nur Sozialdemokraten konnten wild erregte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, nur Sozialdemokraten konnten sich mit den Arbeitslosen verständigen, (...), die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern (...) abhalten. Die Funktion, die damals die wichtigste Funktion der Regierung war, konnte nur von Sozialdemokraten erfüllt werden. Die tiefe Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung fand darin ihren anschaulichsten Ausdruck, dass eine bürgerliche Regierung, eine Regierung ohne Sozialdemokraten schlechthin unmöglich geworden war.“

Die Schilderung entspricht den Tatsachen: Niemals, weder vorher noch nachher, war das österreichische Proletariat einer sozialen Revolution näher als im Winter 1918/1919.

¹ Zur österreichischen Linksopposition siehe die Publikation: Angerer, Ulrich: Trotzkismus in Österreich. Von den 20er Jahren bis heute. Teil 1: Eine Analyse. – Marxismus Nr.9, 1997²

Große Teile der Arbeiter/innen/schaft in Österreich wären für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen gewesen. „Machen wir's wie in Russland“ war eine gängige Parole in jenen Tagen. Die Sozialdemokratie erfüllte die ihr von der Bourgeoisie zugeordnete Funktion: Sie lenkte die Umwälzung in die Bahnen der bürgerlichen Demokratie.

Auch unter den zurückkehrenden Soldaten gärte es. Und so war es nicht verwunderlich, dass die Aufgabe, eine neue Armee aufzubauen, ebenfalls der Sozialdemokratie zufiel. Selbstbewusst hatte Otto Bauer erklärt, dass nur Sozialdemokrat/inn/en dieses neue Heer aufbauen könnten.

Am 5. November 1918 wurde von der Provisorischen Staatsregierung ein Freiwilligenheer aufgestellt, in das viele Arbeiter der Rüstungsbetriebe, vor allem aber die zurückkehrenden Soldaten integriert wurden. Organisiert wurden diese Ordnungskräfte vom Sozialdemokraten Julius Deutsch; die neue *Volkswehr* bestand vor allem aus Anhängern der Sozialdemokratie, die in den gewählten *Soldatenräten* Schlüsselpositionen besetzt hielt. Allerdings war die Volkswehr politisch nicht einheitlich: Auch linksradikale Kräfte, die sich von der Sozialdemokratie abgespalten hatten und sich im Volkwehrbataillon 41 konzentrierten, waren präsent. Diese *Rote Garde* stand unter der Führung von Egon Erwin Kisch und Leo Rothziegel, die der *Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“*² bzw. der im Dezember 1918 gegründeten Kommunistischen Partei nahestand.

In Spitzenzeiten gehörten diesem „Übergangsheer“ an die 50.000 Mann an. Auch viele adelige Offiziere wie etwa Theodor Körner – bis zur Abschaffung der Adelstitel durch die junge Republik im Jahre 1919 ein „Edler von Siegringen“ – dienten in diesem ersten, provisorischen Heer der damaligen Republik Deutschösterreich. Allerdings mussten viele der auf Kaiser Karl vereidigten Offiziere als unsicher eingestuft werden. Nicht wenige fühlten sich auch nach dem verlorenen Krieg noch immer Kaiser und Monarchie treu ergeben: Kaiser Karl hatte die Offiziere nicht von ihrem geleisteten Eid entbunden, ihnen allerdings die Ablegung eines Gelöbnisses auf die neue Staatsordnung erlaubt.

Zu den Stärken der Volkswehr gehörte, dass sie mehrheitlich aus voll ausgebildeten Soldaten bestand, deren überwiegender Teil noch dazu über eine bis zu vierjährige Fronterfahrung verfügte. Ihre Kampfkraft war (zumindest am Papier) daher gar nicht so gering. Ihre spezifische Schwäche – zumindest aus Sicht der bürgerlichen Regierung – bestand in ihrer starken Politisierung und einer nur bedingten Einsetzbarkeit, die erst im Laufe des Frühjahrs 1919, z.B. durch die Auflösung des Volkwehrbataillons 41 und die Durchsetzung eines Dienstreglements, behoben werden konnte. Dies war vor allem das „Verdienst“ des damaligen Staatssekretärs für Heerwesen, des Sozialdemokraten Julius Deutsch, und seiner führenden Mitarbeiter, darunter Oberst Theodor Körner und Oberst Karl Schneller. Deutsch stützte sich dabei auf – im Sinne der Sozialdemokratie und der Koalitionsregierung – verlässliche Verbände, denen der Schutz sensibler Gebäude wie

des Schlosses Schönbrunn, der Hofburg oder des Arsenal anvertraut wurde.

Durch die Ausrufungen der ungarischen und der bayerischen Räterepublik erlebten in Österreich die linksradikalen Kräfte im Frühjahr 1919 kurzfristig einen weiteren Aufschwung. Die ungarische Rote Armee erhielt personelle, finanzielle und materielle Hilfe aus Österreich. Von Staatssekretär Deutsch wurde aber nur die freiwillige Meldung zur ungarischen Roten Armee durch einzelne Soldaten gestattet, nicht jedoch von ganzen Verbänden, wie es von der *Roten Garde* gewünscht worden war. Rund 1.200 Österreicher kämpften so unter der Führung von Leo Rothziegel, der in der Verteidigung der Ungarischen Räterepublik fiel, in Ungarn und erlitten im Kampf gegen rumänische Verbände schwere Verluste.

Ganze Verbände wurden in einem anderen Fall eingesetzt: In Kärnten war 1918/1919 die *Deutschösterreichische Volkswehr* als Heer der Republik unter dem Kommando des späteren Vizekanzlers Oberstleutnant Ludwig Hülgerth die offizielle, staatliche Trägerin des „Abwehrkampfes“ gegen südslawische Einheiten, die die slowenisch besiedelten Teil Kärntens für den neuen *Staat der Serben, Kroaten und Slowenen* (SHS-Staat) in Besitz nehmen wollten und große Teile Südkärntens bis 1920 auch unter Kontrolle halten konnten.

In einem zweiten Fall unterblieb ein solcher Einsatz aus außenpolitischen Erwägungen: Feldmarschall-Leutnant Adolf von Boog, Ende 1918 bis Frühjahr 1919 Oberkommandierender der Volkswehr, der den Eid auf die neue Wehrformation „als deutscher Mann, in heißer Liebe für mein deutsches Volk“ abgelegt hatte und dessen Bestellung als Konzession an das mehrheitlich noch immer monarchistisch gesinnte Offizierskorps gedacht war, musste 1919 zurücktreten, da er neben der Volkswehr zehn geheime Offiziersregimenter aufgestellt hatte, mit denen er in Deutsch-Westungarn, dem heutigen Burgenland, einmarschieren wollte.

Die Volkswehr musste für ein bürgerliches Heer recht weit gehende Konzessionen an das Bewusstsein der Volkswehrangehörigen machen. So konnten aus dem Mannschaftsstand einfache Soldaten als *Volkwehr-Leutnants* in den Offiziersrang aufsteigen, die Soldatenräte verfügten anfänglich über sehr weit gehende informelle Mitbestimmungsrechte. Bei Einsätzen hatten die Soldatenräte eine entscheidende Stimme, gegen die die Offiziere kaum reale Machtbefugnisse aufbieten konnten. Das provisorische Wehrgesetz vom 6. Februar 1919 sah nach einer Phase mit Wehrpflicht aller männlichen Staatsbürger vom 19. bis zum 42. Lebensjahr eine Überleitung zum Milizsystem vor, was wegen des Widerstands der Soldatenräte nicht durchgesetzt werden konnte.

Die Volkswehr hatte dabei auch durchaus politische Aufgaben zu erfüllen. Gegen eine mögliche monarchistische Restauration in Österreich machte die Volkswehr nach der Niederlage der ungarischen Räterepublik mobil. Aber die Hauptfunktion der Volkswehr war zweifellos die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung auch durch den Kampf gegen linksradikale Aktivitäten: So standen sich am 12. November 1918 in Wien loyale Volkwehreinheiten und die *Rote Garde* gegenüber, April und Juli 1919 wurde gegen kommunistische Aktivitäten, wie die auch in der KPÖ umstrittene „Bettelheimerei“, die in Richtung

² Zur Geschichte dieser Organisation siehe: Wertheim, Johannes: *Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“*. Zur Frühgeschichte der KPÖ. – AGM: Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte, Nr.10, Wien 2003

Machtübernahme auch gegen den Willen breiter proletarischer Mehrheiten tendierte, vorgegangen.

Am 10. September 1919 wurde der Friedensvertrag von St. Germain unterzeichnet – in Kraft trat er am 16. Juli 1920. Zu den schweren Friedensbedingungen gehörte – neben dem Verbot des Anschlusses an Deutschland – auch eine Beschränkung der Armee auf ein Berufsheer mit höchstens 30.000 Mann, 90 Geschützen und 60 Granatwerfern. Eine drastische Reduzierung von Mannschaft, Unteroffizieren und Offizieren der Volkswehr war ab Sommer 1919 die Folge. Mit dem Wehrgesetz von 1920 wurden die Bestimmungen von St. Germain umgesetzt. Über die Zwischenstufe der „Infanterieabteilungen“ entstanden aus den ausgedünnten Reihen der Volkswehr die ersten Regimenter des Bundesheeres der Ersten Republik. Aus den *Soldatenräten* wurden mit dem Wehrgesetz sozialpartnerschaftlich gezähmte *Vertrauensmänner*.

Bei den Aufgaben des Heeres sah die Republik Österreich im Wehrgesetz den „Schutz der Grenzen der Republik“ als Priorität an, die Intentionen der Siegermächte liefen jedoch in eine andere Richtung: Für sie lag die Priorität im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz, also in der innenpolitischen Ordnungsfunktion. Das Heer sollte in der Lage sein, innere Unruhen zu bekämpfen, ohne dass es als außenpolitischer Faktor eine Bedrohung der Nachbarländer werden könnte.

Nach dem Abebben der revolutionären Nachkriegswelle war die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung nicht mehr von essentieller Bedeutung für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Sommer 1920 wurde daher die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie von den offen bürgerlichen Parteien nicht mehr als notwendig erachtet. Die Koalition zerbrach.

In den ersten beiden Jahren konnte die Sozialdemokratie im Bundesheer ihre wichtige Stellung, die sie von der Volkswehr herübergerettet hatte, noch behalten. Das änderte sich, als 1923 Carl Vaugoin sein Amt als neuer Verteidigungsminister antrat, das er ein ganzes Jahrzehnt innehaben sollte. Unter dem Schlagwort der „Entpolitisierung“ begann er, den sozialdemokratischen Einfluss immer weiter zurückzudrängen. Das Ziel war dabei nicht nur ein parteitaktisches: Es lag vielmehr darin, dass die bereits genannten „sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsätze“ beim damaligen Kräfteverhältnis in der Armee gegen die Sozialdemokratie nicht durchführbar gewesen wären. So war sich noch 1927 zur Zeit des Justizpalastbrandes die Schutzbundführung sicher, dass ein Einsatz der Wiener Verbände gegen Arbeiter/innen nicht möglich wäre.

Minister Vaugoin versuchte auf mehreren Ebenen ein für die Reaktion zuverlässiges Heer zu bilden. Neu eintretende Berufssoldaten mussten ein Leumundszeugnis des örtlichen Pfarrers vorweisen, beim Aufnahmeverfahren selbst kam der Heeresverwaltungsstelle ein erhöhtes Gewicht zu – einer auf Länderebene angesiedelten Institution, die die Sozialdemokratie nur in Wien und im Burgenland dominieren konnte. Im Heer bereits dienenden sozialdemokratischen Soldaten wurde der militärische Alltag immer schwieriger gemacht, bei Disziplinarvergehen ein strengerer Maßstab angelegt. Durch eine organisatorische Neuordnung der jährlichen Vertrauensmännerwahlen zu Gunsten des christlich-sozialen *Wehrbundes* (und auf Kosten der 1925 von der Sozialdemokratie installierten *Militärkomitees*) gerieten sozialdemokratische Bastionen

unter starken Druck. So ging 1928 das Bundesland Salzburg als „westliche Vorpostenstellung“ verloren. Schließlich musste die Sozialdemokratie das Bundesheer mehr und mehr als möglichen Bürgerkriegsgegner einstufen.³

Die Heimwehren

Neben der Volkswehr, die den Kern des späteren Bundesheeres bildete, war die revolutionäre Nachkriegskrise auch von der Bildung bewaffneter Formationen sowohl auf Seiten der Linken als auch auf Seiten der politischen Rechten, die im Laufe einiger Jahre zur *Heimwehr* mutierten, charakterisiert. Ein zentrales Element der Jahre nach 1918 war, dass die Frage der Bewaffnung keine großen Probleme bereitete – der Zerfall der österreichisch-ungarischen Armee beließ große Waffenbestände ungeordnet in den Händen der Bevölkerung.

Die Wurzeln der Heimwehrbewegung auf Seiten der politischen Rechten reichen in die Zeit des Zusammenbruchs der Monarchie zurück. Um auf dem Lande ein Mindestmaß an bürgerlicher Autorität und Schutz des Eigentums zu gewährleisten, wurden Bürger-, Flur- und Ortswehren gebildet. Örtlich rasch aufgestellt, standen sie unter dem Befehl der Bürgermeister oder entlassener Offiziere, waren also kaum überregional vernetzt. Nur in Tirol und Vorarlberg wurden sie zusammengefasst und der Landesregierung als eine Art Hilfsexekutive unterstellt.⁴ In vielen ländlichen Gebieten fühlte sich die Bevölkerung, politisch dominant der Christlich-Sozialen Partei zugehörig, weder von Wien vertreten noch von der Volkswehr geschützt – beide wurden als links, als revolutionär, als „bolschewistisch“ eingestuft und abgelehnt. Die teilweise unter dem Schutz der Volkswehr durchgeführten Requisitionen von Lebensmitteln im Hungerwinter 1918/1919 wurden von den bäuerlichen Familien als schlichter Raub qualifiziert, dass Lebensmittel angesichts der großen Not in den Städten zurückgehalten wurden, um höhere Profite zu machen, war für viele Bauern kein Thema.

Während der revolutionäre Elan der bewussteren Arbeiter/innen durch die Niederlage der bayrischen und vor allem der ungarischen Räterepublik ins Stocken geriet, wurden die örtlichen *Heimwehren* politisch und militärisch aufgewertet. Ab Mitte 1919 traten die bayerischen *Einwohnerwehren* mit den verstreuten, aber damals noch unbedeutenden bäuerlichen Selbstschutzorganisationen in Österreich in Kontakt. Zurückgedrängt und schließlich gebrochen werden sollte der politische Einfluss der Arbeiter/innen/bewegung. Die nach ihrem Führer Georg Escherich benannten, in der *Organisation Escherich* (ORGESCH) zusammengefassten deutschlandweit agierenden Verbände unterstützten durch eine Unterstruktur *Organisation Kanzler* (ORKA) von Rosenheim aus die damals gegenüber der Volkswehr unbedeutenden österreichischen Heimwehrverbände mit Geld und auch mit geschmuggelten Infanteriewaffen.⁵ Dieser auch auf Seiten der österreichischen Rechten nicht durchgehend positiv

³ Naderer, Otto: Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg. – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

⁴ ebenda – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

⁵ Prieschl, Martin: Die Heimwehr. – <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=963>

gesehene bayrische Einfluss, der bis in die Landesregierungen Westösterreichs reichte, dauerte bis ca. 1923. Nun fühlten sich die österreichischen Christlich-Sozialen stark genug, um der nach dem Abebben der revolutionären Welle schwächer gewordenen Arbeiter/innen/bewegung selbst entgegentreten.

Jetzt schlossen sich die Heimwehrverbände von Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten zu einer losen landesweiten Organisation zusammen, dem *Alpenklub*. Die Heimwehren Wiens, der Steiermark, Niederösterreichs und des Burgenlandes traten diesem jedoch nicht bei. Den Vorsitz des *Alpenklubs* übernahm der Tiroler Rechtsanwalt und christlich-soziale Politiker Richard Steidle, der seine Verbände zu einer Wehrformation gegen die Republik ausbauen wollte. Was den Heimwehren nicht gelang, war eine unumstrittene Anerkennung auf Seiten der regierenden Christlich-Sozialen: Teile der Partei lehnten die aggressiv anti-sozialdemokratische Rhetorik ab, schließlich gab es auch nach dem Ende der Zusammenarbeit auf Bundesebene in einer Reihe von Bundesländern relativ gut funktionierende Koalitionen unter Einbindung der Sozialdemokratie. Die Folge waren ständige interne Streitereien, Abspaltungen und Geldsorgen, da Bundeskanzler Seipel erreichte, dass der Industriellenverband die Zahlungen an die Heimwehren zurückfuhr und schließlich weitgehend einstellte. Der Hintergrund war, dass sowohl mit der revolutionären Gefahr nicht mehr so einfach argumentiert werden konnte als auch durch die leichte Besserung der ökonomischen Situation um die Mitte der 1920er Jahre die bürgerlichen Kräfte eine „sozialpartnerschaftliche“ Einbindung der Arbeiter/innen/bewegung an Stelle einer frontalen Attacke möglich erschien.

Erst mit dem Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs von 1926 und mit dem Justizpalastbrand von 1927 konnten die Heimwehren gegenüber der Christlich-Sozialen Partei und dem Kapital ihre Schutzfunktion gegenüber der „sozialistischen Gefahr“ wieder glaubhafter vertreten und sich als „Garanten von Recht und Ordnung“ profilieren. Die resignative Feststellung des *Linzer Programms*, wenn es – trotz allen Anstrengungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – einer Gegenrevolution gelänge, die Demokratie zu sprengen, „dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern“, wurde in eine offensive Bürgerkriegsdrohung umgelogen. Aus dem *Alpenklub* war inzwischen der *Bund der alpenländischen Selbstschutzverbände* geworden, dem nach dem Justizpalast-Brand auch die Heimatschutzverbände der östlichen Bundesländer beitraten.⁶ Die Heimwehren konnten in dieser Periode auf eine immer geschlosseneren Unterstützung bürgerlicher und deutschnationaler Kreise bauen, und mit der Unterstützung von Kapitalgruppen wie der Alpine-Montan-Gesellschaft waren auch die Geldsorgen behoben. Zahlreiche Arbeitslose, die Wirtschaftskrise traf Österreich mit voller Wucht, schlossen sich den Heimwehren an. Immerhin wurden die *5-Schilling-Männer*, wie sie von der politischen Linken verächtlich genannt wurden, in den bürgerlichen Freiwilligenverbänden für damalige Verhältnisse recht gut bezahlt.

Ende der 1920er Jahre nahmen die Heimwehren eine immer offener Position gegen die bürgerliche Demokratie ein. Personell drückte sich dies in der Doppelführung der Heimwehr durch Richard Steidle und den Judenburger Juristen Walter Pfrimer aus, politisch im *Korneuburger Eid* vom 18. Mai 1930, den auch spätere ÖVP-Größen wie Julius Raab, Bundeskanzler der Zweiten Republik, leistete. Der auf der Generalversammlung des niederösterreichischen *Heimatschutzes* abgelegte *Korneuburger Eid* war klar vom Bewusstsein getragen, dass die Heimwehren an die Aufrichtung eines autoritären, ständestaatlichen Regimes gehen müssten – die wichtigsten Passagen des Eides:

„Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern! Wir wollen den Volksstaat des Heimatschutzes. (...) Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohl des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen. (...) Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen (...). Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen. (...) Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung, er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er kenne drei Gewalten: den Gottglauben, seinen eigenen harten Willen und das Wort seiner Führer.“

1930 nahmen die Heimwehren, zum Missfallen eines Teiles der Christlich-Sozialen, als *Heimatblock* an den Wahlen teil. Mit acht Mandaten blieb dieser weit hinter den Erwartungen zurück, kurz nach seinem Regierungseintritt zerbrach zudem die Formation an den inneren Widersprüchen. Der Pfrimer-Putsch von 1931 scheiterte, politisch bedeutsam wurde die Einbeziehung des Wiener Heimwehrführers Emil Fey im Mai 1932 in die erste von Dollfuß geleitete Regierung. Als Innenminister konnte Emil Fey seine Heimwehren als *Freiwilliges Schutzkorps* den Exekutivkräften eingliedern. Damit war der Weg nicht nur zu einer Zusammenarbeit von autoritärem Staatsapparat und Heimwehren frei, sondern auch zur gemeinsamen Aktion gegen die Sozialdemokratie und ihre Wehrformation im Februar 1934.

Im Unterschied zur Sozialdemokratie, die auf Seiten der politischen Linken nahezu völlig dominierte, war die Rechte nie im selben Ausmaß politisch von einer einzigen Partei dominiert. Dies drückte sich auch in den Militärformationen aus. Die Frontkämpfer- und Veteranenvereinigungen des Ersten Weltkriegs, die zum Teil noch immer auf Habsburg-Nostalgie machten, waren politisch nicht wirklich bedrohlich für die dominierenden Christlich-Sozialen. Ab Beginn der 1930er Jahre aber wurden die österreichischen Nationalsozialist/inn/en zu einer Konkurrenz. In Österreich bis 1932 nur mäßig politisch erfolgreich, war die politische Linie der Heimwehrführung doch Anlass für eine Absetzbewegung – vor allem im Steirischen Heimatschutz um Pfrimer – hin zu den Nationalsozialist/inn/en. Aber erst mit der Machtübernahme Hitlers und nach dem Verbot der österreichischen nationalsozialistischen Bewegung, die zur Aufstellung der *Österreichischen Legion* aus geflüchteten Nazis in Bayern führte,

⁶ebenda – <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=963>

wurden diese ein auch militärisch ernst zu nehmender Faktor. Jetzt kamen logistische Hilfe, Ausrüstung und Bewaffnung diskret über die Grenze und erlaubten den Nationalsozialist/inn/en breiter angelegte Kampagnen, die vor allem 1934 mit Sprengstoffanschlägen etc. geführt wurden und in einem Putschversuch gipfelten, bei dem Bundeskanzler Dollfuß erschossen wurde. Bis dahin war der österreichische Nationalsozialismus im Vergleich zum *Schutzbund*, aber auch zu den *Heimwehren* durch seinen Mangel an adäquater Bewaffnung charakterisiert und musste die Defizite gegenüber den beiden „eingesessenen“ Wehrformationen erst überwinden.

Der Republikanische Schutzbund

Während die *Heimwehren* auf die Ortswehren der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückgeführt werden können, hatte der Republikanische Schutzbund zwei Geburtshelfer: einerseits die Volkswehr, die zwar staatlich organisiert war, aber in der die Sozialdemokratie und die *Arbeiterräte* anfänglich über starken politischen Einfluss verfügten. Zum zweiten waren es die *Ordnerformationen* der *Arbeiterwehren*, die als eigene Verbände der proletarischen Bewegung fungierten. Diese *Arbeiterwehren* standen politisch der Sozialdemokratie nahe, waren anfänglich aber nicht einheitlich organisiert. Viele konnten den *Arbeiterräten* zugeordnet werden, andere direkt der Sozialdemokratie. 1921 wurden diese *Arbeiterwehren* zur Abwehr eines restaurationalistischen Putschversuches des ehemaligen Kaisers Karl bewaffnet und in Alarmbereitschaft versetzt. Auch bei den Kämpfen um das Burgenland hatten diese eine wichtige Rolle gespielt und die Gendarmerie in ihrem Kampf gegen ungarische Freischärler unterstützt.

1921 befand sich die Sozialdemokratie bereits in Opposition. Sowohl politisch als auch „militärisch“ war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SdAPÖ) in der Defensive: Der Druck, den sie im Gefolge der revolutionären Nachkriegskrise entwickeln konnte, war verflogen, und im neuen Bundesheer hatte die Sozialdemokratie ihre anfänglich dominierende Rolle aufgeben müssen. Gleichzeitig weckte die Machtergreifung des Faschismus 1922 in Italien Befürchtungen, dass auch in Österreich eine ähnliche Entwicklung bevorstehen könnte. In dieser Situation entschloss sich die SdAPÖ nach Vorschlägen des ehemaligen Staatssekretärs für Heerwesen, Julius Deutsch, die schon bestehende *Ordnerorganisation* in einen *Republikanischen Schutzbund* umzuwandeln. Abgestützt werden sollte diese neue *Selbstschutzformation* durch eine Verstärkung der Tätigkeit der Jugend- und Turnbewegung der Partei.

Das Ergebnis war 1923 die Gründung eines *Republikanischen Schutzbundes* – zuerst in Wien, später in ganz Österreich. Erst im Laufe des Jahres 1924 gelang es, die *Arbeiterwehren* in den *Schutzbund* gänzlich einzugliedern. Allerdings war die Gründung in mehrfacher Hinsicht alles andere als ein offensiver Akt: Zuerst einmal war diese auch eine Reaktion auf linke Stimmen in- und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei, die statt einer eigenen Wehrformation die allgemeine Bewaffnung der Arbeitenden befürwortete. Die Gründung eines strikt der Partei unterstehenden *Schutzbundes* war für die Parteiführung daher sicher das geringere Übel gegenüber einer bewaffneten Arbeiter/innen/schaft, auf deren unbedingte Gefolgschaft man sich dann doch lieber nicht verlassen wollte.

Die Sozialdemokratie befürwortete eine Trennung der politischen von den militärischen Aufgaben, die zu einer militärischen Durchstrukturierung des *Schutzbundes* mit einer klaren Befehlshierarchie führen musste. Der militärische Arm der Sozialdemokratie wurde auf *Appelle* ausgerichtet, bei denen politische Diskussionen nicht vorgesehen waren. Fragen der Parteikonzeption wurden zugunsten einer technisch-militärischen Arbeit ausgeschaltet. Für die militärische Strategie hatte dies die Ausarbeitung von Operationsplänen zur Folge, die sich auf eine konventionelle Kriegstechnik und die Lösung von Konflikten durch die militärischen „Spezialisten“ weitestgehend ohne Einbeziehung der Massen orientierte. Die Konsequenz musste ein Ausklammern der Kapazitäten der proletarischen Massen zur Selbstverteidigung und ein Abschieben der „militärischen“ Aspekte von Klassenkämpfen auf den *Republikanischen Schutzbund* zur Folge haben.⁷

In dem Zusammenhang muss betont werden, dass die Sozialdemokratie nach 1918 über einen großen Waffenvorrat verfügte. Es mag vielleicht erstaunlich klingen, aber für Sozialdemokratie und Schutzbund stellte sich die Frage der Bewaffnung nicht als vordringliches Problem, eher schon die Frage der Verfügungsgewalt über die Menge an vorhandenen Waffen. Der große Vorrat speiste sich aus zwei Quellen: erstens aus den Waffen, die die Heimkehrer von der Front mitbrachten, zweitens und vor allem aber aus den umfangreichen Beständen des Arsenal.

Das Wiener Arsenal bildete gegen Ende des Ersten Weltkrieges die Hauptzeugungs- und -lagerstätte der Habsburgermonarchie für Rüstungsgüter aller Art. Der Besitz dieser Anlage war daher Herbst 1918 und Winter 1918/1919 von entscheidender Bedeutung. Es sollte der Sozialdemokratie gelingen, sich des Arsenal zu bemächtigen und dadurch über geschätzte 600.000 Gewehre zu verfügen. Eine politisch besonders vertrauenswürdige Volkswehrkompanie, die des Hauptmanns Eifler, hatte für die Sozialdemokratie den Zugriff auf das Arsenal zu sichern. Und ein eigens geschaffener *Zivilkommissär* schirmte mit *Arsenalordnern* das außerordentlich wichtige Waffenlager ab, das auch vor dem Zugriff der Entente-Kommission versteckt werden konnte. Die Sozialdemokratie nutzte ihre Möglichkeiten nach der Bildung des *Republikanischen Schutzbundes* 1923 zur Aufrüstung von Formationen im Lande. Die Bestände waren so umfangreich, dass sogar vereinzelte Waffenlieferungen an das ideologisch nahe stehende *Reichsbanner Schwarz Rot Gold*, dem SPD-dominierten Wehrverband im Deutschen Reich, möglich waren. Natürlich versuchte die bürgerliche Regierung, sich der im Arsenal lagernden Waffen zu bemächtigen, was ihr 1927 zum ersten Mal in größerem Ausmaß gelang. Mit Hilfe eines neuen *Arsenalpaktes* und auch durch Verrat seitens des *Arsenalkommissärs* Marek konnten im März und Mai 1927 immerhin 665 Maschinengewehre und 21.465 Gewehre ausgehoben werden. Natürlich bedeutete diese Aktion einen Schlag gegen die Sozialdemokratie, trotzdem hielt sich deren Beunruhigung in Grenzen – die gewaltige Menge umfasste nur einen Bruchteil der Arsenalwaffen, sodass der *Schutzbund* bis zur Niederlage 1934 über ein beachtliches Waffenarsenal verfügte. Die SdAPÖ hoffte auch – allerdings natürlich

⁷ Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. – Hamburg 1979, S.371

vergeblich –, dass nach dieser Aushebung Schluss mit den behördlichen Waffensuchen wäre. Als weitere Vorsorgemaßnahme wurde mit der Dezentralisierung der Lagerbestände begonnen.⁸ Also auch aus militärischen Gründen war die Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Wehrformation keine offensive Handlung, sondern eine Vorsichtsmaßnahme, die den weiteren Zugriff der Sozialdemokratie auf das größte Waffenlager Österreichs sicherstellen sollte.

Deutsch gelang mit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes die Zusammenfassung und Zentralisierung der diversen Ordnerformationen. Von besonderer Bedeutung war die Einbeziehung der *Eisenbahner- und Telegraphenordner* (E.T.O.), die der Sozialdemokratie auch einen Zugang zu den Verkehrswegen und den telegraphischen und telefonischen Verbindungen ermöglichte.

Bis zum Justizpalastbrand 1927 waren in aller Regel die Einsätze wenig spektakulär: Angesagt waren die Teilnahme an Wahlkämpfen, vor allem aber Fahnenenthüllungen und öffentliche Aufmärsche. In militärischer Hinsicht waren lediglich kleinere Übungen, erste Ansätze einer Kommandantenausbildung und die Aufstellung von Radfahrformationen erwähnenswert.⁹

Nach 1927 aber radikalisierte sich das innenpolitische Klima zusehends: Streikschutz und Schutz sozialdemokratischer Kundgebungen vor reaktionären Überfällen wurden immer wichtiger, dazu kamen immer wieder Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. Ein Grundmuster blieb konstant: Von reaktionärer Seite wurden in Arbeiter/innen/vierteln provokante Straßenaufmärsche inszeniert, die „Herausforderung“ wurde angenommen und mit einem Gegenaufmarsch beantwortet. In der Folge kam es zu Zusammenstößen – immer wieder auch mit Verletzten und Toten. Die Exekutive erwies sich, wie schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit, immer öfter als parteiisch. Bis zum Februar 1934 zählte man über 250 Tote und rund 650 Verletzte als Opfer politischer Auseinandersetzungen in Österreich.¹⁰

Einen tiefen Einschnitt für den *Schutzbund* bedeuteten die Folgen des Justizpalastbrandes vom Juli 1927. In diesem Jahr hatte der *Republikanische Schutzbund* im burgenländischen Schattendorf gegen die Heimwehr demonstriert. Mitglieder der rechtsstehenden *Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreich* schossen auf die friedlichen, unbewaffneten Demonstrant/inn/en. Bei dem Überfall wurden zwei Menschen erschossen, ein 40-jähriger kroatischer Hilfsarbeiter und ein 8-jähriges Kind. Alle drei Angeklagten wurden durch ein Geschworenengericht freigesprochen. Nach diesem skandalösen Urteil begann, nachdem der öffentliche Verkehr in Wien lahmgelegt wurde, ein Proteststreik. Spontan bildeten sich Demonstrationen, die zum Justizpalast zogen, ebenso spontan wurden erste Polizeiwachzimmer gestürmt. Die Polizei eröffnete das Feuer – nahezu 100 Todesopfer waren unter den Demonstrant/inn/en zu beklagen. Der Justizpalast als Symbol der verhassten Klassenjustiz ging in Flammen auf. Die

SdAPÖ-Parteiführung war vom Zorn der Wiener Arbeiter/innen überrascht worden, der scharfe Leitartikel der *Arbeiterzeitung* hatte nicht zur Beruhigung geführt, sondern die Wut weiter angestachelt. Der Parteiführung war es nicht gelungen, Zorn und Verbitterung über das Urteil in die „disziplinierten Bahnen“ des zivilen Protestes zu lenken und den Brand des Justizpalastes zu verhindern.

Für die Sozialdemokratie bedeutete der Justizpalastbrand eine entscheidende Niederlage: Sie hatte es – trotz aller radikalen Worte – in einem entscheidenden Moment nicht vermocht, die Massen unter Kontrolle zu halten. Wachsende Teile der Bourgeoisie zogen daraus den Schluss, dass gegenüber der Sozialdemokratie durchaus auch kräftigere Schläge angebracht seien. Die Heimwehr, die einen radikaleren autoritären Kurs forciert hatte, war ab nun im Aufwind. Ihre Mahnungen vor dem bolschewistischen Terror hatten scheinbar Recht behalten; Passagen des Linzer Programmes von 1926 wurden aus dem Zusammenhang gerissen und als aktueller Aufruf zu Klassenkampf und Diktatur des Proletariats interpretiert und eine starke Heimwehr als Garant gegen die „rote Gefahr“ ins Spiel gebracht.

Innerhalb der Sozialdemokratie waren die Konsequenzen des Juli 1927 eine verstärkte Disziplinierung des *Schutzbundes*. Überraschungen wie am 15. Juli 1927 – die aufgeführten Arbeiter waren ja oft auch Mitglieder des Schutzbundes gewesen –, sollten künftig ausgeschlossen werden. Aus der sozialdemokratischen Wehrformation sollte eine disziplinierte, absolut verlässliche Truppe geschaffen werden. Seitens der Reaktion wurde dies mit einer weiteren Radikalisierung der Arbeiter/innen/bewegung und der SdAPÖ gleichgesetzt. Intendiert war aber alles andere als eine Radikalisierung – im Gegenteil: Die Sozialdemokratie wollte sich des *Schutzbundes* bedienen, um den Zugriff auf die arbeitenden Massen zu erhalten und deren politische Interessen im bürgerlich-demokratischen Rahmen zu halten.

Die 5. Schutzbund-Reichskonferenz vom Oktober 1927 stellte die Weichen dafür. Es sei absolut notwendig, dass „das Proletariat in diesen gefährvollen Zeiten doppelt und dreifach streng Disziplin hält. (...) Denn aus jeder noch so kleinen und spontanen Aktion kann – wie die Erfahrung des 15. Juli lehrt – ein Zusammenstoß zwischen der seit Jahren von der Reaktion beherrschten Staatsgewalt und ihren Organen herauswachsen, der das Proletariat in unnütze Konflikte und Niederlagen verstricken kann, zumindest ihm unnütze Opfer aufzuerlegen imstande ist.“¹¹

Zu dieser Zeit verfügte der Schutzbund nicht nur über ein großes Waffenarsenal, sondern auch über die beachtliche Zahl von etwa 80.000 Mitgliedern, womit sie allen anderen Wehrformationen zahlenmäßig überlegen war und auch die Kräfte des Bundesheeres um das Dreifache überstieg. Der Schutzbund teilte sich in 16 Kreise, wobei die geografische Verteilung sehr ungleich war: So bildeten Vorarlberg, Tirol und Salzburg einen einzigen Kreis, hier war das Organisationsnetz am weitmaschigsten. Den Landes- und Kreisleitungen unterstanden auch die Streckenleitungen der E.T.O., also der *Eisenbahner- und Telegraphenordner*. Als Einheit der Truppen wurden die 289 Bataillone definiert. Am besten verankert war der Schutz-

⁸ Naderer, a.a.O. – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

⁹ ebenda – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

¹⁰ Prieschl, a.a.O. – <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=963>

¹¹ Naderer, a.a.O. – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

bund in Ostösterreich, der Steiermark und Oberösterreich: Wien verfügte über 81 Bataillone – allein der 1. Kreis mit dem I., VI., VII., VIII. und IX. Bezirk von Wien zählte Ende der 1920er Jahre mehr als 5.700 Mann – Niederösterreich über 103 Bataillone mit gesamt 29.526 Mann, Oberösterreich über 33 Bataillone und die Steiermark – konzentriert auf die Industrieregionen der Obersteiermark – über 29 Bataillone.

Gleichzeitig wurde die Ordnung gestrafft und analog zu bürgerlichen Heeren ausgerichtet: Mit dem Eintritt des Generals (und späteren Bundespräsidenten der Zweiten Republik) Theodor Körner in die Schutzbund-Zentralleitung im Jahre 1924 hatte eine „Professionalisierung“ begonnen. Diese wurde nun weiter getrieben und vertieft. Die Ausbildung wurde intensiviert, die Disziplin gestärkt und gleichzeitig der Schutzbund zu einem „stehenden Heer“ umgewandelt, das binnen weniger Tage auf „kriegsmäßigen Stand“ gebracht werden konnte. Diese „Professionalisierung“ ging, wie auch schon im Ziel ablesbar war, ein „stehendes Heer“ aufzubauen, mit einer weitgehenden Anpassung an bürgerliche Armeen einher: So wurde das Recht der Ordner, die Abteilungsführer zu wählen, abgeschafft, und die Dienst- und Kommandosprache wurde von der alten k. & k. Armee übernommen... Die *Zentralleitung* des *Schutzbundes* hatte das Recht, Kommandanten zu ernennen, Formationen aufzustellen, für den ganzen Schutzbund gültige allgemeine Verordnungen zu erlassen (die *Regulativs*), verwaltete das Vermögen und verfügte über den *Ausrüstungsfonds*, über dessen Verwendung sie weder der Bundesleitung noch der Reichskonferenz verantwortlich zeichnete. Sie kontrollierte die Waffenlager und war politisch durch die direkte Verbindung zur SdAPÖ-Parteiführung abgesichert. Julius Deutsch an der Spitze des Schutzbundes garantierte der Parteiführung eine hundertprozentige Loyalität.

Für die Schutzbundführung war, wie wir bereits ausführten, die Bewaffnung nicht das wirkliche Problem. Auf militärischer Ebene lag dieses allerdings mit Fortdauer der 1920er Jahre darin, dass das Potenzial an erfahrenen Soldaten zurückging – die jüngeren Generationen hatten nicht mehr am Weltkrieg teilgenommen, ein zusätzliches militärisches Training erwies sich mit der Zeit als unumgänglich.

Schon 1925 wurde der *Verband der Arbeiterschießsportvereine* gegründet und als *Arbeiter-, Jagd- und Schützenvereine* in den *Arbeiterbund für Sport und Körperkultur Österreichs* (ASKÖ – seit 1971 lautet der Name: *Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich*) eingegliedert. Zwischen *Schutzbund* und den *Arbeiterschießsportvereinen*, die allerdings 1929 kurzfristig von der Bundesregierung für aufgelöst erklärt wurden, jedoch 1930 bereits wieder über 13.000 Mitglieder verfügten, ergab sich bald eine regelrechte Arbeitsteilung, wobei letzteren die Schießausbildung zufiel. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang der schon 1926 vollzogene Kollektivbeitritt des *Schutzbundes* zum ASKÖ. Gedacht als Vorsichtsmaßnahme gegen eine behördliche Auflösung, bildete die enge Verbindung zur Arbeiter/innen/sportbewegung eine wichtige Rekrutierungsbasis für den *Schutzbund*. Gleichzeitig konnten in sozialdemokratisch regierten Gemeinden Sport- und Schießvereine im Interesse des Schutzbundes gefördert

und das eigene Budget geschont werden.¹² Stolz wiegte Otto Bauer seine Partei in Sicherheit: Mit dieser Verbindung von Wehr- und Sportorganisationen gelinge es, „*sich so einen kräftigen geschulten Nachwuchs heranzuziehen, der einmal, wenn die im Kriege gewesenen Männer nicht mehr diensttauglich sein werden, auf den Plan treten wird. Die bürgerlichen Organisationen haben dies verabsäumt und wird sich dies in späterer Zeit blutig rächen, denn es ist klar, dass der Schutzbund in 10 Jahren allen bürgerlichen Verbänden, was das Menschenmaterial betrifft, haushoch überlegen sein wird.*“¹³

Um die Schlagkraft des *Schutzbundes* unter Beweis zu stellen, wurden Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre immer wieder großangelegte Manöver durchgeführt. Sie waren als *Machtdemonstration* gedacht, die die Präsenz der Sozialdemokratie unter Beweis stellen sollte. Die größte fand am 7. Oktober 1928 bei einem Aufmarsch in Wiener Neustadt statt, Winter 1929/1930 patrouillierten 1.000 Schiläufer durch den Wienerwald und sollten die Einsatzbereitschaft des Schutzbundes auch unter extremen Wetterbedingungen unter Beweis stellen, im April 1930 wurden in Wien und Niederösterreich fast 20.000 Schutzbündler mobilisiert...

Doch all das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialdemokratie und mit ihr der Schutzbund politisch in die Defensive gerieten. Noch einmal: Das war keine Frage der Bewaffnung, sondern eine politische Frage – die Sozialdemokratie ließ den radikalen Worten keine dementsprechenden Taten folgen und sich Schritt für Schritt zurückdrängen. So folgte Januar 1932 auf eine provokative Waffendurchsuchung im Ottakringer Arbeiterheim mit der Beschlagnahmung von 800 Militärgewehren, acht Maschinengewehren, 622 Handgranaten und größeren Mengen von Chemikalien keine offensive Antwort der Parteiführung. Erst im Februar 1934 erfolgte viel zu spät eine dementsprechende Reaktion auf die Durchsuchung eines Arbeiterheimes in Linz – und auch das gegen den Willen der Parteiführung...¹⁴

Dass die Führung der Sozialdemokratischen Partei den Worten des Linzer Programms keine dementsprechenden Taten folgen lassen wollte, das musste zumindest seit Ende März 1933 Freund und Feind klar geworden sein: Der *Republikanische Schutzbund* wurde nur wenige Wochen nach der von der Regierung provozierten „Selbstausschaltung des Parlaments“ verboten – aber weder das Ende des Parlamentarismus noch die Auflösung der eigenen Wehrformation, die sich mit ihrer Militanz und als besonders disziplinierte Truppe immer schon als so etwas wie die Avantgarde der Arbeiter/innen/bewegung gesehen hatte, führte zur Ausrufung des Generalstreiks. Die Folge waren Resignation und eine sich vertiefende Vertrauenskrise – schon Mai 1933 mussten steirische Schutzbundkommandanten größere Abwanderungen zu den Nationalsozialisten nach Wien melden. Die Antwort des Parteivorstandes war die Umwandlung des verbotenen *Schutzbundes* in

¹² ebenda. – <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219>

¹³ Bauer, Otto: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen. – Prag 1934, S. 5

¹⁴ Zum Aufstand des Februar 1934 siehe u.a.: Antifaschistische Linke – Bonvalot, Michael: Der Weg in den Februar. – Wien 2004 und Texte zum 12. Februar 1934. – Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte Nr. 4

Ordner- bzw. Propagandaabteilungen, allerdings wurden die Strukturen nun immer stärker von der Polizei observiert. Die Erhaltung der Organisation gelang, Zuversicht und Schlagkraft waren aber schon vor dem Februar 1934 stark angeschlagen.

Der Schutzbund war 1923 zur Zeit seiner Gründung den bürgerlichen Wehrformationen eindeutig überlegen gewesen: Er war politisch geschlossener, verfügte über eine gute Bewaffnung und war zentral organisiert. Innerhalb eines Jahrzehnts hatte die Sozialdemokratie die Trümpfe der proletarischen Wehrformationen verspielt – sie war schon vor dem Februar 1934 in die politische und in der Folge auch in die militärische Defensive geraten. Das war nicht die Schuld der einzelnen Schutzbundangehörigen, von denen mehrere Hundert den heroischen Widerstand vom Februar 1934 mit dem Leben bezahlten. Die historische Verantwortung liegt bei einer Politik der Sozialdemokratie, die ihre reformistische Grundlage mit Wortradikalismus garnierte und damit ihre grundsätzlich bürgerliche Koalitionspolitik gegenüber dem Proletariat maskierte. Der militärischen Niederlage des Schutzbundes gingen das Zurückweichen und die politische Kapitulation der sozialdemokratischen Parteiführung voraus.

Diese Politik des Rückzugs bildete letztlich auch die bewussteinmäßige Basis dafür, dass nach der Februar-Niederlage viele Sozialdemokrat/inn/en und insbesondere auch viele *Schutzbündler* nach einem revolutionären Neubeginn suchten. Viele glaubten in der KPÖ eine revolutionäre Alternative zum sozialdemokratischen Reformismus gefunden zu haben, was in vielen Übertritten sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre zur KP und zu einem deutlichen Linksschwenk der *Revolutionären Sozialisten* als Nachfolgeorganisation der alten SdAPÖ führte.

Dieses Bewusstsein, dass die Sozialdemokratie sie in die Niederlage geführt habe, war aber auch die Basis für eine erfolgreiche Intervention des *Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* in den illegalen *Autonomen Schutzbund*, der sich 1934 auf den Resten des untergegangenen Schutzbundes als für alle Arbeiter/innen/parteien offene Einheitsfrontorganisation konstituierte.

Der „Autonome Schutzbund“

Der Schutzbund war schon im März 1933 verboten und behördlicherseits für aufgelöst erklärt worden. Trotzdem gelang es weitgehend, die Organisationsstrukturen bis zum Februar 1934 aufrecht zu erhalten. Die Niederlage des 12. Februar 1934 bedeutete allerdings das Aus für den *Schutzbund* als zentral geleitete, an die Sozialdemokratie gekoppelte Organisation.

Der Februar 1934 bedeutete aber nicht nur das Ende der zentralen Organisation, sondern auch politisch eine Zäsur für den Großteil der Schutzbündler. Viele wandten sich enttäuscht von der Sozialdemokratie ab. Auf Seiten der politischen Linken konnte sich vor allem die Kommunistische Partei 1934 durch Zugewinne ehemaliger Sozialdemokrat/inn/en quantitativ stark wachsen

In kleinerem Ausmaß gelang es auch der revolutionären Linksopposition – allerdings fast ausschließlich in Wien –, in diesen Prozess einzugreifen. Viele lokale Schutzbundgruppen existierten nach wie vor im Untergrund weiter und versuchten – nun ohne organisatorische Bindung zur Sozialdemokratie – die Strukturen auf lokaler Ebene auf-

recht zu erhalten. Nach einem kurzen Zwischenspiel der Gründung von Schutzbundgruppen als Teil der illegalen Arbeiter/innen/parteien gelang es in einem wesentlich von der KPÖ gesteuerten Sammlungsprozess, einen Teil der Schutzbündler in Wien zu koordinieren und wieder zu organisieren.

Sehr bald setzte sich der Gedanke eines einheitlichen, von den Parteien unabhängigen Schutzbundes durch, der sich später *Autonomer Schutzbund* nannte, um die Selbstständigkeit gegenüber den Parteien schon im Namen auszudrücken. Dieser Begriff hatte sich für die Reste des Schutzbundes nach der Februar-Niederlage, als die organisatorische Bindung an die Sozialdemokratie weggefallen war, schnell eingebürgert. Für illegale Verhältnisse war er 1934/1935 eine relativ starke Organisation, wenn sich sein Wirkungsbereich auch im Wesentlichen auf Wien beschränkte.¹⁵ Im Herbst 1934 fand in Wien eine Konferenz des Schutzbundes statt, welche einstimmig ein Programm beschloss, das den *„Kampf um eine Diktatur des Proletariats, um den Einheitscharakter des Schutzbundes und dessen Selbstständigkeit“* in den Mittelpunkt stellte.¹⁶

Der *Autonome Schutzbund* war also als Einheitsfront-Organisation konzipiert. Einen besonders guten Überblick über das Selbstverständnis des *Autonomen Schutzbundes* gibt der Artikel *Ist der Schutzbund „unparteiisch“?* in der Nummer 5 (Anfang September 1934) des *Schutzbündlers*, des illegal erscheinenden *Organs des österreichischen Schutzbundes*.¹⁷ Der (Autonome) Schutzbund definierte sich als *„überparteilich“*, allerdings nicht in dem Sinne, dass er *„über den Parteien stehen“* wollte. Sondern Überparteilichkeit verstand der Schutzbund so, dass er sich keiner Partei unterordnen wollte – weder der KPÖ noch dem Zentralkomitee der *Revolutionären Sozialisten* (RS) oder der *„Brünner Richtung“*, also dem *Auslandskomitees der österreichischen Sozialdemokraten* (ALÖS) der untergegangenen Sozialdemokratie. Der Schutzbund verlange auch keine Parteizugehörigkeit, sondern ein Bekenntnis zur proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats – in der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit sah die Schutzbundführung das Proletariat bereits heute ideell geeint. Auf dieser Basis sei es möglich, die Einheit im Kampf, die Organisationseinheit und – was die spezielle Aufgabe des Schutzbundes betraf – die proletarische *„Wehreinheit“* herzustellen.

Vorsichtig bekannte sich die von KP und RS gestellte Schutzbundführung auch zur Vereinigung, zur Parteieinheit, also zur Perspektive einer Vereinigung von revolutionären Sozialisten und KP – diese Vereinigung zu vollziehen sei allerdings die Aufgabe der *„revolutionären Parteien“*, der Schutzbund fördere mit aller Kraft diese Bemühungen und lehne daher auch einen Schutzbund als *„Militärpartei“* ab. Eine neue revolutionäre Partei war für die Redaktion des *Schutzbündlers* überhaupt *„überflüssig“* – hier war die Handschrift von KP und Revolutionären Sozialisten deutlich zu spüren.

¹⁵ West, Franz: Die Linke im Ständestaat. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938. – Wien 1978, S.43

¹⁶ ebenda, S.45

¹⁷ Ist der Schutzbund „unparteiisch“? – in: Der Schutzbündler, Anfang September 1934, Nr.5, Seite 2f. – Der Artikel wurde wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung in dieser Dokumentation abgedruckt.

Der Schutzbündler

Organ des österreichischen Schutzbundes (Sch. B.)

Nr. 5

Anfang September 1934

Preis 15 g

Der Schutzbündler, Anfang September 1934, Nr. 5, Seite 2

Ist der Schutzbund „unparteiisch?“

Manche Schutzbündler sind noch im Unklaren über die Stellung, die der Schutzbund zu den proletarischen Parteien und Gruppen einnimmt. Ist der Schutzbund unparteiisch in dem Sinne, daß er nicht Partei ergreift, nicht Stellung nimmt zu keiner der Parteien? Ist der Schutzbund „überparteilich“ in dem Sinne, daß er „über“ den Parteien schwebt, mit keiner etwas zu tun haben oder jeder zu Gefallen sein will.

Oder ist der Schutzbund willens, eine neue Partei zu werden, eine Art „Militärpartei“ etwa?

Keineswegs. Es wäre unrichtig, die Überparteilichkeit des Schutzbundes so zu verstehen, als wolle er „über“ den Parteien stehen; es wäre auch unrichtig, aus dem Schutzbund eine neue Partei zu machen; denn eine neue revolutionäre Partei wäre überflüssig.

Der Schutzbund ergreift Partei; er nimmt Stellung zu den Parteien, jedoch nicht auf Grund eines Befehls einer Partei, wie früher, sondern auf Grund seiner Entschiedenheit und seines Programms.

„Ein Programm ist“, sagt Engels, „eine öffentlich aufgeplante Fahne und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.“ Auch wir wollen nach unserer Fahne beurteilt werden, die unsere Stellung- und Parteinehmer in allen Fragen bestimmen soll.

Der Schutzbund steht weder ableits von den Parteien, noch über ihnen; er strebt, wie sein Programm sagt, ein Einheitsfrontverhältnis zu den proletarischen Klassenkampfparteien an. Er will mit den proletarischen Parteien Abkommen über Kampf und Zusammenarbeit schließen, soweit sie mit seinem Programm vereinbar sind.

Der Schutzbund stellt sich jedoch keiner Partei unter. Weder der KPd. noch dem BR der NS oder der SPd., von deren Wiedererweckung zur Zeit eine Aktion im Gange ist. Gegen eine Neuanlage der SPd. nimmt der Schutzbund entschiedene Stellung, verschließt sich aber keineswegs einer Auf-

nahme von Arbeitern der Brünner Richtung und einem gemeinsamen Kampf mit ihnen.

Der Schutzbund verlangt von seinen Mitgliedern, wie sein Programm lautet, nicht eine Parteizugehörigkeit; er hält sich hier an den Ratsschlag, den Lenin den russischen Kampfparteien erteilte:

„Lehnt die Verbindung mit keiner Gruppe ab, wenn sie auch nur aus drei Leuten besteht, unter der einzigen Bedingung, daß sie der Polizei gegenüber zuverlässig und bereit ist, sich gegen die zaristischen Truppen zu schlagen. Mögen die Gruppen, die es wünschen, in die Russ. Sozialdem. Arbeiterpartei eintreten, oder sich ihr anschließen, das ist schön und gut; ich würde es aber unbedingt für einen Fehler halten, das zu fordern.“

Heute ist die Mehrzahl der Proletarierideell geeint durch die gemeinsame Erkenntnis von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats als deren notwendigem Resultat. Sollte es da nicht auch möglich sein, die Einheit im Kampf und sogar die Organisationseinheit herzustellen?

Um die Herstellung der Parteieinheit sind die proletarischen Parteien bemüht; auch wir fördern mit aller Kraft diese Einigung. Aber unsere spezielle Aufgabe ist die Wahrung der Wehereinheit im Rahmen des Schutzbundes. Im Schutzbund soll auch für jene Platz sein, die in Dingen, die erst die weitere Zukunft betreffen nicht einer Meinung mit der Mehrheit sind; das soll die Einheit nicht stören, wenn sich heute alle im revolutionären Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus einig sind und die Notwendigkeit der proletarischen Wehrhaftigkeit einsehen. Denn wenn wir heute gemeinsam gehen, dann werden wir gewiß auch in der letzten Schlacht gemeinsam auf der Barrikade stehen.

Die Überparteilichkeit des Schutzbundes ist so zu verstehen, daß die Zugehörigkeit zum Schutzbund nicht an eine Partei-

Der Schutzbündler, Anfang September 1934, Nr. 5, Seite 3

mitgliedschaft gebunden ist, daß der Schutzbund keiner Partei ein Kommando über sich einräumt, und daß im Schutzbund der Grundsatz zu herrschen hat: das für alle Arbeiter Klare und sie Einigende, nämlich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen Faschismus und

Kapitalismus. Wehrhaftmachung soll in den Vordergrund, hingegen alles Nebensächliche oder Untergeordnete, das heute noch trennend wirken mag, in den Hintergrund gestellt werden. Dann wird die Wehereinheit im Rahmen des Schutzbundes möglich sein.

Allerdings war der „autonome“ *Schutzbund* mit seinem Anspruch als überparteiliche Wehrorganisation gezwungen, zumindest in Worten die Türen weit zu öffnen: „*Im Schutzbund soll auch für jene Platz sein, die in Dingen, die erst die weitere Zukunft betreffen, nicht einer Meinung mit der Mehrheit sind; das soll die Einigung nicht stören, wenn sich heute alle im revolutionären Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus einig sind und die Notwendigkeit der proletarischen Wehrhaftigkeit einsehen.*“¹⁸

Bereits nach dem Februar 1934 hatte die illegale Nachfolgeorganisation der *KPÖ-Opposition*, der *Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse*, seine Kontakte zu Schutzbündlern und Wehrturnern, die vom sozialdemokratischen Reformismus endgültig genug hatten und nach einer revolutionären Alternative suchten, intensivieren können. Der *Kampfbund* konnte bald nach den Februar-Kämpfen von 1934 auf seinen bereits seit 1927 bestehenden Kontakten wieder aufbauen. Josef Frey, die Führungspersönlichkeit des österreichischen Trotzkismus in der Zwischenkriegszeit, hatte nach seiner kurzzeitigen Inhaftierung die Broschüre *Die Lehren der Niederlage* verfasst, die ein wichtiges Propagandainstrument gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern werden sollte. Tatsächlich gewann der *Kampfbund* bald nach den Februar-Kämpfen Einfluss bei Schutzbündlern und Wehrturnern – besonders in den Bezirken Landstraße, Mariahilf und Margareten.¹⁹

Das führende Mitglied des österreichischen Trotzkismus in den 1940er und 1950er Jahren, Franz Drexler, gehörte zu denen, die 1934 als Schutzbündler in Kontakt zum *Kampfbund* kamen. Er erinnerte sich in einem Interview: „*Und der Kampfbund hat nun Kontakt bekommen zum Schutzbund. Wir haben ja damals weiterexistiert in Zellen, und daraus ist der ‚parteilose Schutzbund‘, der ‚Autonome Schutzbund‘ geworden. Und über diesen ‚Autonomen Schutzbund‘ sind wir dann in Verbindung gekommen mit Frey.*“²⁰ Die Verbindung stellte Josef „Pepperl“ Hofer her (Organisationsname Hammer), der als Schutzbündler aus Wien-Margareten nach 1934 zum *Kampfbund* kam.²¹ Auch Poldi Stadler, ein ehemaliger Arbeiterturner, bereits in den 1930er Jahren ein enger Gefolgsmann Freys, fungierte als eine der Hauptverbindungen des *Kampfbundes* zum *unabhängigen Schutzbund*.²²

Diese Kontakte erwiesen sich als so stabil und ausbaufähig, dass der *Kampfbund* im April 1935 mit einer eigenständigen Propagandaarbeit im autonomen *Schutzbund* beginnen konnte – der hier wieder aufgelegten *Schutzbundzeitung*.

Die von April 1935 bis April 1937 im Untergrund publizierte *Schutzbundzeitung* fungierte dabei von Anfang an als linksoppositionelles Organ, das die Politik von KP und RS frontal attackierte. Offiziell war sie die Zeitung des Schutzbund-Bezirk Mariahilf, der für die *Kampfbund*-Propaganda besonders gute Arbeitsbedingungen bot. Der

Schutzbundführer des Bezirks, Korbel, war im Februar 1934 zu Dollfuß übergelaufen.²³ Durch diesen Verrat blieb einerseits diese Bezirksorganisation relativ intakt, auf der anderen Seite wurde die Propaganda des *Kampfbundes*, dass die sozialdemokratischen Reformisten Verräter seien, durch die Tatsachen besonders anschaulich untermauert und fiel auf fruchtbaren Boden. Wenn auch Margareten ein zentraler Stützpunkt des *Kampfbundes* war, bekam der *Kampfbund* mit der Dominanz im Bezirk Mariahilf, die ihm die Herausgabe einer von ihm politisch kontrollierten Bezirkszeitung ermöglichte, ein organisatorisches *Schutzbund*-Standbein.

Die Anfänge der „Schutzbundzeitung“

Nach dem Februar 1934 und dem Überlaufen des Leiters war der *Schutzbund*-Bezirk neu aufgebaut worden. Eine provisorische Bezirksleitung bildete sich, die – gemeinsam mit den Zugs- und Gruppenführern – im Oktober 1934 durch eine gewählte ersetzt wurde. Schon in dieser hatten dem *Kampfbund* nahestehende Schutzbündler die Mehrheit,²⁴ allerdings blieb auch dieser *Schutzbund*-Bezirk eine Einheitsfront-Organisation, die prinzipiell auch anderen Strömungen offen stand. Das hatte aber auch zur Konsequenz, dass die *Schutzbundzeitung* nicht als offenes Organ des *Kampfbundes* in Erscheinung treten konnte, sondern als Zeitung eines *Schutzbund*-Bezirk fungierte. Trotzdem stand sie aufgrund der Vormachtstellung des *Kampfbundes* in diesem Bezirk von Anfang an eindeutig auf den Positionen der revolutionären linken Opposition und fungierte als informelles *Kampfbund*-Organ.

Die *Schutzbundzeitung* bekannte sich also mit Ausnahme der letzten Nummer nicht offen zum *Kampfbund* und vermied es auch peinlich, mit diesem in irgendeiner Weise in Verbindung gebracht zu werden. Die Kritik, so wie sie von der KP-Stadtleitung und ihren Publikationen geäußert wurde, dass die Leute um die *Schutzbundzeitung* längst aufgegeben hätten, „*im eigenen Namen zu agitieren*“, konnte daher auch nur wenig überzeugend zurückgewiesen werden: „*Jeder im Bezirk*“ wisse ohnehin, „*welcher Organisation wir politisch angehören und dass diese Organisation ihren Namen keineswegs verbirgt*“,“²⁵

Das Erscheinen der neuen Zeitung wurde im Vorspann der ersten Nummer so motiviert, dass die Politik der beiden in der Stadtleitung vertretenen Parteien die „*Erfüllung der notwendigsten Arbeiten*“ in Frage stellen würde.²⁶ Sowohl KP als auch RS hätten jahrelang die proletarische Einheitsfront sabotiert²⁷ und würden auch heute auf die Zerreißung des Schutzbundes hinarbeiten, auf eine Umwandlung des Schutzbundes in eine „*Garde der zwei Parteien*“,“²⁸ in „*zwei Parteigarden*“. ²⁹ Mit dem Zurücktreten der

¹⁸ Ist der Schutzbund „unparteiisch?“ – in: Der Schutzbündler, Anfang September 1934, Nr.5, Seite 2

¹⁹ Angerer, Ulrich: Trotzkismus in Österreich. Von den 20er Jahren bis heute. Teil 1: Eine Analyse. – Marxismus Nr.9, 1997², S.30

²⁰ Manfred Scharinger, Eric Wegner: Interview mit Franz Drexler. – in: Trotzkismus in Österreich, Marxismus Nr.10, S.11

²¹ ebenda, S.11 und Angerer, a.a.O., S.87

²² Angerer, a.a.O., S.40

²³ Keller, Fritz: gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ – Trotzkisten und andere Gruppen. 1919-1945. – Wien 1978, S.138

²⁴ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – in: Schutzbundzeitung, Dezember 1936, S.6

²⁵ Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz. – in: Schutzbundzeitung, Mai 1936, S.8

²⁶ Zum Erscheinen. – in: Schutzbundzeitung, April 1935, S.1

²⁷ Die Rolle des Schutzbundes. – in: Schutzbundzeitung, April 1935, S.2

²⁸ ebenda, S.3

RS im autonomen Schutzbund wurde 1936 nur mehr von der Gefahr der Umwandlung des Schutzbundes in „eine *Parteigarde*“, nämlich in eine der KP, gesprochen.³⁰ All diesen Bestrebungen müsse „*unbeugsamer Widerstand*“ entgegen gesetzt werden,³¹ der Schutzbund müsse eine „*proletarische Einheitsfrontorganisation*“ bleiben,³² er sei wie die Gewerkschaften „*seinem Wesen nach*“ eben eine Einheitsfrontorganisation.³³ Konsequenter wurde diese Linie von der neuen Zeitung durchgehalten – der Schutzbund solle eine „*Massenorganisation*“ sein und bleiben, „*in der alle auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Genossen Platz finden sollen*“.³⁴ Später, angesichts des näher rückenden Zweiten Weltkriegs, wurde die Grundlage der Einheitsfront dahingehend präzisiert, dass diese der unversöhnliche Kampf gegen den Sozialpatriotismus sein müsse.³⁵

Unter den Mitgliedern dürfte diese Einheitsfront-Linie, die im Schutzbund eine „*überparteiliche Wehrorganisation des österreichischen Proletariats*“³⁶ sehen wollte, recht populär gewesen sein, sie wurde von der *Schutzbundzeitung* gegen den erbitterten Widerstand von KP und RS auch durchgehalten. Mit einem Schuss Anpassung an dieses Bewusstsein, nicht Parteimitglieder, sondern „*nur Schutzbündler*“ sein zu wollen, wurde festgestellt, die Genossen des *Kampfbundes* seien im Schutzbund „*in erster Linie Schutzbündler*“.³⁷

Der *Kampfbund* konnte dabei den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis bei den großen illegalen Massenparteien, KP und RS, ausschlichten, die beide zwar das verständliche Einheitsstreben der Arbeitenden bedienen wollten, gleichzeitig aber danach trachteten, nicht nur ihren Einfluss im Schutzbund zu vergrößern, sondern ihn letztendlich der eigenen Parteiorganisation einzugliedern. Der aus KP-Genossen aufgestellte *Kirow-Zug* in Wien-Meidling war ein Vorbote dieser Tendenz der direkten Unterstellung unter die KP-Führung. Auf eine Eingliederung in die KP konnte aber natürlich (noch) verzichtet werden, da das Bezirkskommando ohnehin von der KP gestellt wurde. Und in der Stadtleitung des *autonomen Schutzbundes* hatte die KP ohnehin eine „*überwältigende Mehrheit*“.³⁸

Bereits in der dritten Nummer musste die *Schutzbundzeitung* konstatieren, dass ihre Befürchtungen Wahrheit geworden waren: Die Revolutionären Sozialisten gingen daran, den Schutzbund zu spalten und ihre Parteigenossen

in ihre eigene Wehrformation, die *Roten Stoßbrigaden* bzw. den *Schutzbund der revolutionären Sozialisten*, einzugliedern. Gemeinsame „überparteiliche“ Organisationen wie der *Autonome Schutzbund* oder die Gefangenenhilfsorganisation *Rote Hilfe* waren seit Beginn des Jahres 1935 immer mehr zum Streitobjekt zwischen den beiden Parteien geworden, die um Einfluss in diesen Organisationen rangen. Aus der Sicht des *Auslandskomitees der österreichischen Sozialdemokraten* (ALÖS) und der *Revolutionären Sozialisten* erwiesen sich die örtlichen Einheitsfrontkomitees und die von den Kommunist/innen beherrschten überparteilichen Organisationen *Rote Hilfe*, *Autonomer Schutzbund*, *Zentralkommission für den Wiederaufbau der Gewerkschaften*, die *Zentralkommission für den Wiederaufbau des Arbeitersports* usw. als Einbruchstellen der kommunistischen Propaganda in die Mitgliedschaft der RS und wurden damit zu Kampfobjekten der beiden Parteien. Der Schutzbund sei, so die RS mit einer gewissen Berechtigung, in Wirklichkeit eine kommunistische gelenkte Organisation.³⁹

Die Führung der RS um Joseph Buttinger erklärte, dass eine Aktionsgemeinschaft mit der KPÖ nur auf der Basis eines gemeinsam zu vereinbarenden Aktionsprogramms und nur auf der Grundlage der organisatorischen Selbstständigkeit jeder der beiden Parteien möglich sei. Von den Einheitsfrontkomitees und den überparteilichen Organisationen könnten diese Verhandlungen nicht geführt werden, sondern nur von den Spitzenorganen der beiden Parteien.⁴⁰ Diese Bedingung war auch im Sinne der KPÖ-Führung, die Verhandlungen mit den RS ebenfalls gerne zentralisieren wollte.

Daher sollte auch die zweite Befürchtung, dass die KP diesen Spaltungsversuchen keinen Widerstand entgegensetzen, sondern im Stillen mit den RS einen Nichtangriffspakt abschließen werde, eintreffen. Die KP deckte nicht nur die Vorbereitung der Spaltung des Schutzbundes im Frühsommer 1935 bis zur faktischen Bekanntmachung dieser seitens der RS, sondern die *Schutzbundzeitung* konnte der KP auch sicher nicht zu Unrecht vorwerfen, selbst Hoffnungen in diese Spaltung gesetzt zu haben: Blieben doch viele der RS nahestehende Schutzbündler nach wie vor im autonomen Schutzbund organisiert, die die KP nun allein ohne die RS-Konkurrenz in die Hand bekommen wollte.⁴¹

Die *Kampfbund*-Genossen verblieben nach wie vor in der nun unangefochten von der KPÖ dominierten Wehrorganisation, stellten aber ihre Kritik an der Linie der Schutzbund-Leitung nicht ein. Die stalinistische KPÖ-Führung war natürlich nicht bereit, kampfflos der linken Konkurrenz auch nur einen Millimeter nachzugeben. Die kommenden Nummern der *Schutzbundzeitung* listen immer wieder bürokratische Tricks und undemokratische Organisationsmethoden auf, derer sich die KP-Führung im Schutzbund bediente, um die Genossen um die *Schutzbundzeitung* zu behindern. So wurde etwa die Bezirksleitung Mariahilf von entscheidenden Besprechungen von

²⁹ Um die Existenz des Schutzbundes. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1935, S.1

³⁰ Unsere Stellungnahme. – in: *Schutzbundzeitung*, November 1936, S.8

³¹ Die Rolle des Schutzbundes. – in: *Schutzbundzeitung*, April 1935, S.2; im Original hervorgehoben.

³² ebenda, S.3

³³ Unsere Stellungnahme. – in: *Schutzbundzeitung*, November 1936, S.8

³⁴ Wahl von politischen Vertrauensmännern im Bezirk. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1935, S.6

³⁵ Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz. – in: *Schutzbundzeitung*, Mai 1936, S.9

³⁶ Unsere Stellungnahme. – in: *Schutzbundzeitung*, November 1936, S.8; Hervorhebung im Original.

³⁷ Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz. – in: *Schutzbundzeitung*, Mai 1936, S.8

³⁸ Warum Einheitsfront. – in: *Schutzbundzeitung*, Jänner 1936, S.7

³⁹ West, a.a.O., S.45

⁴⁰ Schmidinger, Thomas: Die Linke unter austrofaschistischer Herrschaft. – http://home.pages.at/lobotnic/oekoli/content_texte_linkeimautrofaschismus.html

⁴¹ Zur Spaltung des Sch-B. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1935, S.1f.

Kreis- und Stadtleitung des Schutzbundes ferngehalten,⁴² die Bezirksorganisation wurde regelrecht isoliert: Über Monate wurde ihr nicht einmal ein Organisationstatut zugänglich gemacht und damit jede Möglichkeit der offiziellen Kritik unterbunden.⁴³ Unmittelbar nach dem Februar 1934 hatten die Behinderungen begonnen, immer wieder legte die *Schutzbund*-Stadtleitung über Monate den Kontakt überhaupt still.⁴⁴ So kam es, dass, wie sich Franz Drexler erinnert, der *Kampfbund* seine Autorität beständig ausbauen konnte:

„Du musst wissen, wir haben die Leitung des ‚Autonomen Schutzbundes‘ nie gesehen und nie gekannt. Und für uns wurde dann allmählich die wirkliche, die reale Leitung für unseren Schutzbund der Kampfbund! Das war ja alles nicht so einfach in der Illegalität!“⁴⁵

Die Bedeutung des vom *Kampfbund* kontrollierten Wiener Schutzbundbezirk VI., Mariahilf, wurde jedenfalls von der KP-dominierten Stadtleitung bagatellisiert und verächtlich gemacht – es handle sich ohnehin nur um 60 Personen, die da organisiert wären...⁴⁶ Zu Recht kritisierte die *Schutzbundzeitung* diese herablassende Haltung – nicht ohne den süffisanten Hinweis, dass diese wohl in einer Periode ganz besonders unangebracht sei, in der wegen Mitgliederschwundes von der Bezirks- zur Kreisorganisation übergegangen werden müsse,⁴⁷ dass also bereits begonnen werden musste, einige Bezirksorganisationen aufzulösen. Der nach wie vor bestehende Schutzbund-Bezirk VI. Mariahilf ressortierte von nun an zum Kreis III. des Wiener *Schutzbundes*.

Im Bezirk selbst konnte sich der *Kampfbund* mit seiner politischen Linie, die sich in der *Schutzbundzeitung* ausdrückte, jedenfalls stabilisieren. Im Sommer 1935 wurden von den Grundstrukturen, den *Zügen*, politische Vertrauensmänner gewählt, aus deren Mitte eine neue Bezirksleitung hervorging. Die KP hatte ursprünglich gehofft, mittels einer Neuwahl den *Kampfbund* im Bezirk aushebeln zu können, dessen Linie im Bezirk „immer klarer hervortrat“.⁴⁸ Die Wahl der politischen Vertrauensmänner im Sommer 1935 ergab jedenfalls „eine noch größere Mehrheit für unsere politische Linie als zuvor“⁴⁹ – die neue Bezirksleitung repräsentierte daher klar eine Position der Kontinuität. Die *Schutzbundzeitung* konnte befriedigt feststellen, dass „die BL, welche aus der Wahl hervorging“, eine „entschiedene und klare Haltung für die bisherige politische und militärische Linie“ einnahm.⁵⁰ Der KP im

Schutzbund Mariahilf blieb nichts anderes übrig, als die Bezirksleitung zu bestätigen.⁵¹

Die Mehrheiten konnten auch während des Jahres 1936 nicht umgedreht werden. Anfang 1936 konstatierte die *Schutzbundzeitung*, dass wir uns, während der Schutzbund ansonsten langsam zerfalle, „behauptet haben und sogar vorwärts gekommen sind“.⁵² Immerhin sei Mariahilf „so ziemlich der einzige Bezirk, dessen Mitglieder von Zeit zu Zeit in größerer Zahl regelmäßig zusammenkommen“.⁵³ Und Mariahilf sei der einzige Bezirk, der bei diesen Treffen „sogar das Militärische nicht ganz vernachlässigt“,⁵⁴ der also in der Illegalität sogar Waffenübungen veranstaltete. Bis zum Ausschluss im Winter 1936/1937 konnte sich der *Kampfbund* auf etwa drei Viertel der Schutzbündler im Bezirk Mariahilf stützen, die KP auf ein Viertel.⁵⁵ Über dieses militärische Training, das gemeinsam mit dem *Kampfbund* durchgeführt wurde, erinnert sich Franz Drexler:

„Die Grundeinheiten [des Kampfbundes] waren einmal die Zellen. Es hat eine richtige Leitung gegeben, die Verbindung zu den Zellen gehabt hat. Die Zellenzusammenkünfte waren regelmäßig, und am Sonntag gab’s – das hab’ ich schon erzählt – oft politische Ausflüge. Am Anfang hat die Gesamtorganisation einen Ausflug gemacht, verbunden mit Übungen des ‚Autonomen Schutzbundes‘, der hat militärische Übungen gemacht. Nach den militärischen Übungen gab’s dann eine Diskussion.“⁵⁶

Winter 1935/1936 verschärfte die KP-Führung die Gangart, wie aus einer Resolution der Bezirksleitung Mariahilf hervorging: Ohne dass der KP-Vertreter dagegen opponiert hätte, wurde in der Resolution der vom *Kampfbund* dominierten Bezirksleitung VI. des Schutzbundes festgestellt, dass „die Stadtleitung des ‚Autonomen‘ Schutzbundes politisch identisch ist mit der Kommunistischen Partei“ und daher als deren „Nebenorganisation“ betrachtet werden müsse. Und die einstimmig angenommene Resolution stellte weiters fest, dass die von der KP dominierte Stadtleitung „jede wie immer geartete Verbindung mit der BL VI. bewusst verhindert“.⁵⁷ Die Stadtleitung verunmöglichte der Bezirksleitung VI. jeden offiziellen Kontakt zu den übergeordneten Stellen des Schutzbundes: „Die Stadtleitung schaltet unseren Bezirk seit dem Feber 1934 bis zum heutigen Tag bewusst aus, von der Mitarbeit, vom Mitbestimmungsrecht, von der Wahl.“⁵⁸ Im Laufe des Jahres 1936 ging die KP zur offenen Spaltung des *Schutzbund*-Bezirk VI. über.

Mit der italienisch-deutschen Verständigung und dem Näherrücken des Zweiten Weltkriegs sah der *Kampfbund* auch eine Verschärfung der Verfolgung der illegalen Opposition an der Tagesordnung. Der auf der Arbeiterklasse

⁴² Nochmals unsere Stadtleitung. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1935, S.5

⁴³ Organisationsstatut des Sch.B. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1935, S.7. Diese Tatsache ist auch zitiert bei: Keller, S.139

⁴⁴ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.4

⁴⁵ Manfred Scharinger, Eric Wegner: Interview mit Franz Drexler. – in: *Trotzkismus in Österreich*, Marxismus Nr.10, S.11

⁴⁶ Revolutionäre Methoden? – in: *Schutzbundzeitung*, August 1935, S.8

⁴⁷ ebenda, S.8

⁴⁸ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.6

⁴⁹ ebenda, S.6

⁵⁰ Wahl von politischen Vertrauensmännern im Bezirk. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1935, S.6

⁵¹ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.6

⁵² Die Front der Sozialpatrioten. – in: *Schutzbundzeitung*, Jänner 1936, S.1

⁵³ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.5

⁵⁴ ebenda, S.5

⁵⁵ Stalinsche Spaltungsarbeit. – in: *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S.14

⁵⁶ Manfred Scharinger, Eric Wegner: Interview mit Franz Drexler. – in: *Trotzkismus in Österreich*, Marxismus Nr.10, S.13

⁵⁷ *Schutzbundzeitung*, Februar 1936, S.1

⁵⁸ ebenda, S.1

lastende Druck werde nun verstärkt werden – „und gar mancher Arbeiter wird diesem Druck erliegen“. Die Organisation sah sich daher aus Selbstschutz auch zu einer Verschärfung der Disziplin gezwungen: „Strengste Auslese, schärfste Kontrolle in unseren Reihen, um die Organisation zu erhalten.“⁵⁹ Dank dieser straffen Disziplin gelang es den österreichischen linksoppositionellen Gruppen, die Zeit des Faschismus zu überleben und den Blutzoll so gering wie möglich zu halten.⁶⁰

„Für die Vierte Internationale!“

Natürlich wurden von der *Schutzbundzeitung* auch die unterschiedlichen Standards, die die KP an ihre eigene und an die Propaganda des *Kampfbundes* anlegte, benannt. So verweigerten KP-Genossen die Verbreitung der *Schutzbundzeitung* mit der Begründung, dass Propaganda für die Vierte Internationale gemacht würde und dies einen „Missbrauch“ der Propagandafreiheit darstelle.⁶¹ Die Freiheit der Propaganda für die (stalinistische) III. Internationale nahm die KP aber demgegenüber wie selbstverständlich in Anspruch. Die *Schutzbundzeitung* antwortete den „KP-Genossen“ korrekt folgendermaßen:

„Wir wollen die Genossen daran erinnern, dass der autonome Schb eine proletarische Massenorganisation, das heißt, seinem Wesen nach also eine überparteiliche Organisation ist. In einer solchen Organisation aber haben alle revolutionären Richtungen das Recht, mitzuarbeiten. In der Publikation der Stadtleitung wird oft für eine ganz bestimmte politische Richtung, für die III. Internationale, Propaganda gemacht. Da sprechen die KP-Genossen nicht von ‚Missbrauch‘ des Schb. Begreiflich! Ist es doch Propaganda für die Partei, der sie selbst angehören. Im Übrigen ist nichts komischer als die Entrüstung unserer ‚überparteilichen‘ KP-Genossen, die beleidigt sind, wenn wir die KP und KI kritisieren, aber begeistert zustimmen, wenn es gegen die RS und die II. Internationale geht. Die KP-Genossen zeigen durch dieses ihr Verhalten, dass sie einfach den Schb als Parteiangelegenheit der KP betrachten.“⁶²

Den Genossen der KP stünde es natürlich frei, auch uns zu kritisieren, sogar in unserer eigenen Zeitung.⁶³ Die *Schutzbundzeitung* nehme nur für sich dasselbe Recht, offen für die eigenen Anschauungen und für die IV. Internationale einzutreten, in Anspruch, „wie etwa die Stadtleitung des Schb., die für die KP und die Einheitspartei Propaganda“ mache.⁶⁴

Schon in der August-Ausgabe des Jahres 1935 hatte sich das erste Mal ein direkter Hinweis auf die politische Perspektive gefunden, die ab 1934 die Linksopposition – und trotz aller Differenzen zwischen dieser und dem österrei-

chischen *Kampfbund* auch letzterer⁶⁵ – propagierte: Die Forderungen, die den Artikel *Für die Niederlage der bürgerlichen Vaterländer* abschlossen, waren klar und eindeutig: „Für die Niederlage der bürgerlichen Vaterländer. Drum Bruch mit der Sozialdemokratie der zweiten und dritten Internationale. Für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Und darum für eine neue Kommunistische Partei, für die IV. Internationale.“⁶⁶ Heute, so die *Schutzbundzeitung*, gelte es, sich gegen eine reaktionäre Stimmung der Massen zu stemmen, gegen die Bourgeoisie, „gegen ihren faschistischen Bluthund“, aber auch „gegen die Agenten der Bourgeoisie im Arbeiterlager, gegen die Zweite und Dritte ‚Inter‘nationale, für die Vierte Internationale!“⁶⁷

Auch in den kommenden Ausgaben bekannte sich die *Schutzbundzeitung* konstant zur Notwendigkeit einer Vierten Internationale.⁶⁸ Allerdings sah sich der *Kampfbund* im Oktober 1935 doch aufgrund der offenen Behinderung der Propaganda zu taktischen Konzessionen gezwungen. Im September 1935 hatte es an die Adresse jener KPlern, die zwar bereit waren, Kritik an der KP und an der Komintern zu akzeptieren, aber für die Vierte Internationale keine Propaganda zulassen wollten, noch geheißen, dass die *Schutzbundzeitung* es ablehne, „nur zu kritisieren und nicht gleichzeitig zu sagen, was wir an Stelle des alten setzen wollen. Rein negative Kritik zersetzt.“⁶⁹

Im Oktober 1935 jedoch sah sich die Redaktion zu der einleitenden Bemerkung veranlasst, dass die Leser bemerken würden, „dass sie inhaltlich etwas anders, d.h. ‚gemäßigter‘ ist als die letzten Nummern“. Die politischen Ansichten seien dieselben geblieben, aber angesichts der „Sabotage des Vertriebs der Zeitung“ durch die „Genossen einer bestimmten politischen Richtung“ sei die Redaktion „gezwungen, die Zeitung ‚maßvoller‘ zu schreiben“. Insbesondere könne sie nun nicht mehr „das Kind beim Namen nennen“, also offene Propaganda für die Vierte Internationale machen. Die Leser wurden gebeten, „dies zu beachten und aufmerksam durchzudenken; sowohl das, was wir schreiben, als auch das, was zu schreiben man uns verbietet“.⁷⁰

Die taktische Konzession war aber offenbar ohne Wirkung geblieben – die Behinderung der Propagandafreiheit setzte sich weiter fort, sodass die *Schutzbundzeitung* bereits in der folgenden Nummer wieder zur offenen Propaganda für die Vierte Internationale und zu einer klaren Sprache zurückkehrte.⁷¹ Die Schaffung einer „wirklich kommunistischen Partei, der Vierten Internationale“, sei die „höchste, oberste Aufgabe vor dem Proletariat“.⁷² Denn „ohne Änderung der Machtverhältnisse, ohne Zertrümmerung

⁵⁹ zur österreichisch-deutschen Verständigung. – *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.5

⁶⁰ Zu diesem Thema siehe: Trotzkistische Opfer des NS-Terrors in Österreich. Eine Dokumentation. – *Marxismus*, Sondernummer 8, August 2001

⁶¹ Für revolutionäre Disziplin. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1935, S.5 und S.6

⁶² ebenda, S.6; Hervorhebung im Original.

⁶³ ebenda, S.6

⁶⁴ Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz. – in: *Schutzbundzeitung*, Mai 1936, S.8

⁶⁵ vgl. zur Linksopposition allgemein: Trotzkismus in Österreich. Von den 20er Jahren bis heute. – *Marxismus* 9

⁶⁶ Für die Niederlage der bürgerlichen Vaterländer. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1935, S.4

⁶⁷ Gegen den Strom! – in: *Schutzbundzeitung*, September 1935, S.2

⁶⁸ Für revolutionäre Disziplin. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1935, S.7

⁶⁹ ebenda, S.7; Hervorhebung im Original.

⁷⁰ An unsere Leser! – in: *Schutzbundzeitung*, Oktober 1935, S.1

⁷¹ Um die Existenz des Schutzbundes. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1935, S.3

⁷² 1. Mai 1936. – in: *Schutzbundzeitung*, Juli 1935, S.3; im Original hervorgehoben.

des kapitalistischen und Aufrichtung des proletarischen Staatsapparates muss das Proletariat immer wieder unter die Räder kommen“. Die revolutionäre Änderung der Staatsmacht setze aber voraus, dass die Arbeiter „mit den Parteien des Reformismus, der 2. und 3. Internationale“ brechen und „das Proletariat seine neue, revolutionäre, wahrhaft kommunistische Partei aufbaut: DIE VIERTE INTERNATIONALE!“⁷³

Bis zu ihrem von der KP erzwungenen Ende rissen die Klagen über die Sabotage der eigenen Arbeit durch die KPÖ nicht mehr ab.⁷⁴ Der Kampfbund bot sogar als außerordentliches Zugeständnis die Einstellung der eigenen Zeitung an: Die Genossen seien bereit, „an Stelle unserer Bezirks- die Kreiszeitung zu vertreiben“, wenn die übergeordneten Stellen des Schutzbundes ihnen dasselbe Recht gewähre, „das wir unseren KP-Genossen bei unserer Zeitung zugestehen“, wenn ihnen also die Möglichkeit gegeben werde, ihre Ansichten in den zentralen Zeitungen zu vertreten. Vorgeschlagen wurde, dieses Recht dem Kampfbund entsprechend der Stärke des von ihm kontrollierten Bezirkes, also des Bezirkes Mariahilf, zu gewähren.⁷⁵ Dazu kam es natürlich nicht.

Gleichzeitig aber nahm – und diese Passagen gehören wohl zu den spannendsten der gesamten Dokumentation – die KP auch in der *Schutzbundzeitung* selbst die Möglichkeit zur Auseinandersetzung wahr. Mit der Juli-Nummer von 1935 begann eine Serie von Artikeln der KP und Gegenartikeln der Redaktion der *Schutzbundzeitung*, die einen unmittelbaren Einblick in die damalige politische Auseinandersetzung geben und bis heute wegen ihrer Unmittelbarkeit bestechen.⁷⁶ Es zeugt von der politischen Stärke des Kampfbundes, dass er die Zuschriften der KPÖ veröffentlichte und sofort mit Gegenpositionen reagieren konnte. Auch das Eingeständnis der KPÖ in der Julinummer 1935, dass beim letzten Appell des Schutzbundes „lebhaft“ über die Vorwürfe der *Schutzbundzeitung* diskutiert wurde, die UdSSR „betreibe den Aufbau des Sozialismus in einem Lande auf Kosten der Weltrevolution“, zeugen vom Einfluss, den der Kampfbund inzwischen gewonnen hatte.⁷⁷ Noch im Sommer 1936 lancierte die KPÖ Mariahilf, neben einer Reihe von Beschuldigungen, auch den Appell, „gemeinsam Aufklärung in die Massen zu tragen“.⁷⁸ Die Antwort der Redaktion fiel eindeutig aus: Dort, wo die KP wirklich für die Tagesforderungen der Arbeiter kämpfe, werde sie „mit all unserer Kraft“ unterstützt,⁷⁹ aber wo es sich um „die Verteidigung des kapitalistischen Österreich, um sozialpatriotische Politik, um Bedürfnisse der bourgeois Schichten“ handle, „da können wir nicht mehr mit“.⁸⁰ Das aber sei der Hauptcharakterzug der Politik der KP – sie habe sich eben „voll-

ends in eine kleinbürgerliche Partei mit kleinbürgerlicher Politik verwandelt“.⁸¹

An der Schwelle eines neuen Krieges

Mit der Rechtswendung der Komintern im Sommer 1935 hatte die Kritik an der KP natürlich neue Nahrung bekommen: Der Übergang zur Volksfront-Politik und zum Sozialpatriotismus bildete bis zum Ende der *Schutzbundzeitung* ein konstantes Thema der Kritik. „*Volksfront ist Niederlage*“ war etwa der Name des Leitartikels in der letzten regulären Nummer, der Dezember-Ausgabe 1936.⁸²

Im Juli 1935 war in Frankreich von der Kommunistischen Partei die Volksfront mit den Sozialist/inn/en und den offen bürgerlichen *Radikalsozialisten* realisiert worden. Schon am 2. Mai 1935 war der *Stalin-Laval-Pakt*, der sowjetisch-französische Beistandspakt, unterzeichnet worden – 1936 wurde er ratifiziert. Im Sinne der neuen Politik trat auch die KPF für Sanktionen Frankreichs gegen Italien ein und unterstützte eine französisch-englische Zusammenarbeit gegen Italien. Für die *Schutzbundzeitung* waren die Sanktionen Frankreichs gegen Italien nichts anderes als „eine Waffe in der Hand der Imperialisten gegen andere Imperialisten“.⁸³ Natürlich wollte auch die *Schutzbundzeitung* eine Niederlage Italiens, aber sie wollte nicht „den einen imperialistischen Räuber niederringen, indem wir den andern zum Sieg verhelfen und diesem damit die Gelegenheit geben, seine Arbeiter niederzuwerfen“. Die Aufgabe bleibe „der Kampf gegen die Bourgeoisie in allen Ländern“ und jeder imperialistischen Politik „eine selbständige proletarische Politik gegenüber zu stellen“.⁸⁴

Die Volksfront in Frankreich wurde als „Front der mit der linken Bourgeoisie verbündeten Reformisten gegen das werktätige Volk“ analysiert. Sie habe, auch wenn sie „die Sache der proletarischen Revolution schädigt“, allerdings auch eine gute Seite: dass sie „den proletarischen Revolutionären, die für die VIERTE INTERNATIONALE kämpfen, Gelegenheit gibt, den Arbeitern an ihrer eigenen, lebendigen Erfahrung das wahre Gesicht des Reformismus zu zeigen“.⁸⁵

In Spanien, in Belgien, in Frankreich – überall sei das Bild das gleiche: „Sozialdemokratie und ‚Kommunistische‘ Partei, zweite und dritte Internationale, sind übergelaufen in das Lager der Bourgeoisie, erstere als Regierungspartei, zweite als wohlwollende Opposition.“⁸⁶

Dementsprechend trat auch die Kritik an der Politik der Vaterlandsverteidigung immer stärker in den Vordergrund der Kritik an Sozialdemokratie und Stalinismus. Denn wer „das kapitalistische Vaterland, seine ‚Unabhängigkeit und Neutralität‘ verteidigen will, kann den Bürgerkrieg nicht

⁷³ Die Reformistenfront an der Macht. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1936, S.3

⁷⁴ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.5

⁷⁵ ebenda, S.5

⁷⁶ Rechtfertigung. – in: *Schutzbundzeitung*, Juli 1935, S.4; Erwiderung der Redaktion auf die Rechtfertigung. – in: *Schutzbundzeitung*, Juli 1935, S.5

⁷⁷ ebenda, S.5

⁷⁸ Eine Auseinandersetzung. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.9

⁷⁹ Antwort der Redaktion. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.14

⁸⁰ ebenda, S.14

⁸¹ ebenda, S.12

⁸² *Volksfront ist Niederlage*. – *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.1ff.

⁸³ Warum Einheitsfront. – in: *Schutzbundzeitung*, Jänner 1936, S.9

⁸⁴ ebenda, S.9

⁸⁵ Die Reformistenfront an der Macht. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1936, S.3

⁸⁶ ebenda, S.2

wollen“.⁸⁷ Die politische Konsequenz, die gezogen wurde, war klar und eindeutig:

„Die Komintern hat ihre Prinzipien verraten. Statt Klassenkampf Koalitionspolitik, statt revolutionärem Defaitismus kapitalistische Landesverteidigung, statt proletarische Diktatur ‚antifaschistische Volksregierung‘, statt internationale proletarische Revolution Aufbau des Sozialismus in einem Lande, statt Vernichtung der II. Internationale Vereinigung mit ihr. Hier handelt es sich nicht um ‚Taktik‘, hier handelt es sich darum: statt gegen den Klassenfeind mit ihm.“⁸⁸

Der Kampfbund und die Schutzbundzeitung kamen mit dieser politischen Orientierung zu einer in der Linie gleichen Einschätzung wie Leo Trotzki, was die Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs betraf. Trotzki hatte 1936 in seinem Text Sollen die österreichischen Arbeiter die „Unabhängigkeit“ Österreichs verteidigen? die folgende Position eingenommen:

„Die sogenannte Unabhängigkeit Österreichs ist eine Lüge. In Wahrheit ist Österreich ein Vasall des italienischen Imperialismus. Wenn R.S. und K.P. sich nach der ‚Unabhängigkeit‘ Österreichs die Lungen ausschreien, so kennzeichnet dies nur ihr Bestreben, Österreich vor dem Anschluss zu bewahren und es zum Vasall des mit der S.U. verbündeten, aber darum nicht minder imperialistischen Blocks Frankreich-Kleine Entente zu machen. Ihre Politik geht von der Auffassung aus: Der Hauptfeind der Arbeiter, sowohl der österreichischen wie der russischen, ist Hitler. Es geht vor allem darum, Hitler zu schlagen; aus diesem Grunde sei es notwendig, das Proletariat mit allen ‚antifaschistischen Kräften‘, unter welchem schamhaften Namen die ‚demokratische‘ Bourgeoisie in Österreich und außerhalb Österreichs figuriert, zu verbünden, was natürlich nur möglich ist unter vollkommener Zurückstellung des Klassenkampfes. Auf einer anderen Grundlage ist ja ein Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht denkbar. Doch gerade diese Politik erleichtert, wie wir letzthin zu beweisen bemüht waren, den Sieg der Nazis.“⁸⁹

Die Schutzbundzeitung kam bei einer ganz ähnlichen Fragestellung zu in der Linie identischen Schlussfolgerungen:

„Die wichtigste Frage, die allerentscheidendste Frage, die es heute gibt, ist die Frage des Krieges: ‚Was sollen die Arbeiter im Kriegsfall tun?‘ Die Sozialdemokratie, die sich jetzt RS nennt, und die KP geben als Antwort: ‚Die Arbeiter müssen die Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs verteidigen! Sie müssen für Frieden und Freiheit kämpfen!‘ Aber ist das wirklich das Ziel, das sich das Proletariat stellen muss?“⁹⁰

Und die Konsequenz war ebenso eindeutig wie bei Trotzki:

„Diesen Staat, den kapitalistischen Staat Österreich, dürfen die Arbeiter nicht verteidigen, sondern müssen ihn angreifen. Diesen Staat gegen irgendwen zu verteidigen

heißt, sich der Bourgeoisie ausliefern. Nicht für die Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs müssen wir eintreten, sondern für seinen politischen und militärischen Zusammenbruch.“⁹¹

Mit ähnlicher Stoßrichtung hieß es im Leitartikel der November-Ausgabe 1936, mit deutlicher Kritik an der Volksfront-Politik der KPÖ und deren Übergang ins Lager der Vaterlandsverteidigung:

„Ja, die Arbeiter haben dieses Vaterland Österreich kennen gelernt! Sie haben es so gründlich kennen gelernt, dass für immer der Begriff ‚Vaterland Österreich‘ gleichbedeutend sein wird mit brutalster Unterdrückung, schamloser Ausbeutung, Rechtlosigkeit, Arbeitermord. Denn dieses ‚Vaterland‘ war und ist eben ein Vaterland für die Kapitalisten, die Großgrundbesitzer, die Aristokraten und römischen Pfaffen. Für die Arbeiter aber ist es ein Feindesland, so wie jedes kapitalistische Vaterland, so wie jeder kapitalistische Staat.“⁹²

Für die Schutzbundzeitung war „die heutige III. Internationale, die heutige KP“, sozialdemokratisch und zu einer „Konkurrenz“ für die SP geworden, aber sie sei „kein wirklicher politischer Gegner“ mehr.⁹³ Der Kampfbund ging fest von der kurzfristigen Perspektive einer Vereinigung von Zweiter und Dritter Internationale, von SP und KP aus. Auch wenn es nicht zur Vereinigung kommen sollte, so hatte die Analyse das richtige Element, dass beide als reformistische Strömungen auf einer zutiefst bürgerlichen Klassenbasis aufbauten. Und die beiden großen illegalen Arbeiter/innen/parteien arbeiteten ja auch immer wieder sogar auf der zentralen Ebene zusammen und gaben die Parole der „Herstellung der völligen Einheit der revolutionären Arbeiterschaft“ aus. Zu dieser Vereinigung kam es jedoch nicht.

Was aber in der Perspektive des Kampfbundes vernachlässigt wurde, war der spezifische Charakter der beiden reformistischen Parteien: Die Sozialdemokratie hatte starke Wurzeln in der Arbeiter/innen/aristokratie und war nicht bereit, ihre Vormachtstellung als Vermittlerin zwischen bürgerlichem Staat und Proletariat aufzugeben oder mit anderen zu teilen. Die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Parteien wiederum waren einerseits reformistisch, auf der anderen Seite aber standen sie in einem besonderen Treueverhältnis zur stalinistischen (Sowjet-) Bürokratie. Dieses Element verhinderte von Seiten der KP eine völlige Verschmelzung von stalinistischem und sozialdemokratischem Reformismus. Demgegenüber griff die Analyse des Kampfbundes zu kurz: Dieser ging, nachdem sich seine Voraussage nicht erfüllt hatte, eine Vereinigung von SP und KP, von II. Internationale und Komintern zu einer „Einheitsinternationale“ sei „eine Frage von nur mehr kurzer Zeit“, in der zweiten Jahreshälfte 1936 davon aus, dass die Vereinigung lediglich aus taktischen Gründen noch nicht vollzogen worden sei: Die Sozialdemokratie nütze die politische Schwäche der Dritten Internationale einfach noch aus...⁹⁴

⁸⁷ Warum Einheitsfront. – in: Schutzbundzeitung, Jänner 1936, S.7; im Original hervorgehoben.

⁸⁸ ebenda, S.8; Hervorhebung im Original.

⁸⁹ Trotzki, Leo: Sollen die österreichischen Arbeiter die „Unabhängigkeit“ Österreichs verteidigen? – in: Leo Trotzki: Österreich an der Reihe. Schriften zu Österreich. – AGM: Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte, Nr.9³, S.37f.

⁹⁰ 1. Mai 1936. – in: Schutzbundzeitung, Mai 1936, S.2

⁹¹ ebenda, S.2f.

⁹² Gott mit dir, mein Oesterreich!... – Schutzbundzeitung, November 1936, S.1; Hervorhebung im Original.

⁹³ Schafft die wirkliche Einheitsfront. – in: Schutzbundzeitung, Juli 1935, S.2

⁹⁴ Politische Um- und Vorschau. – in: Schutzbundzeitung, November 1936, S.5

Hier muss noch angemerkt werden, dass die Analyse des Reformismus durch den *Kampfbund* überhaupt von einigen Schwächen gekennzeichnet war. Sein Beharren darauf, dass der Reformismus auf *kleinbürgerlicher* und nicht *bürgerlicher* Klassenbasis stehe, tendierte immer mehr zu einer inhaltsleeren Floskel. An keiner Stelle der *Schutzbundzeitung* konnten die politischen Konsequenzen dieser Abgrenzung klar gemacht werden, weshalb der *bürgerliche* Charakter des Reformismus verneint und stattdessen eine *kleinbürgerliche* Klassenbasis angenommen wurde. Dies ist umso bemerkenswerter, als der *Kampfbund* ja ebenfalls davon ausging, dass die reformistischen Parteien die Seiten der Barrikaden gewechselt hatten und mit Volksfront-Politik und Vaterlandsverteidigung auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen waren.

Trotz dieser Schwächen ist aber die Analyse von Sozialdemokratie und Stalinismus doch bis heute nachvollziehbar und in großen Zügen richtig. Interessant erscheinen daher auch die militärisch orientierten Artikel und die Kritik an der illegalen Arbeit von RS und KP. Josef Frey, von dem offensichtlich wichtige Artikel der *Schutzbundzeitung* geschrieben wurden, war als Vorsitzender des Wiener Arbeiter- und Soldatenrats nach dem Ersten Weltkrieg bestens mit dieser Materie vertraut und konnte mit großer Umsicht und Sachkenntnis die politische Linie, die zur Februar-Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie geführt hatte, kritisieren. Die *Schutzbundzeitung* hielt daran fest, dass „*die politische Arbeit*“ das „*Fundament der militärischen*“ sei,⁹⁵ dass es ohne politische Arbeit „*keine ernsthafte militärische*“ geben könne, dass dann „*jede militärische Arbeit nutzlos verpulverte Kraft, unernste Spielerei*“ bleiben müsse.⁹⁶ Diese Dominanz des Politischen gegenüber dem rein-militärischen Faktor wurde dahingehend verallgemeinert:

*„Jede Konterrevolution ist der Revolution militärisch überlegen. Wenn bis jetzt jede wahre Revolution die furchtbaren Machtmittel der alten Gesellschaft niederwerfen konnte, so nur deshalb, weil die Revolution der Gegenrevolution politisch überlegen ist. Die ungeheuren Kräfte, die in den Millionenmassen schlummern, zu entfesseln, sie in das richtige Bett zu lenken, der Konterrevolution politisch den Boden unter den Füßen zu entziehen, so dass sie mit all ihrer militärischen Überlegenheit gleichsam in der Luft hängt, das ist die zu lösende Aufgabe, darin besteht die Kunst der revolutionären Führung, von deren Vorhandensein somit letzten Endes das Schicksal der Revolution abhängt. Die Konterrevolution muss politisch geschlagen werden! Erst die politische schafft der Revolution auch nach und nach die militärische Überlegenheit.“*⁹⁷

Einer grundsätzlichen Kritik wurde auch die unernsthafte Auffassung von illegaler Arbeit seitens der KP und der RS unterzogen. Anlässlich des Jahrestages des 12. Februar 1934 hatten SP und KP zu einer großangelegten Aktion aufgerufen, um Flugblätter zu verteilen. Für die *Schutzbundzeitung* war dies eine sinnlose Aktion, die nur die Genossen und die Strukturen in Gefahr brachte. Die *Kampfbund*-Genossen, die damit einen indirekten Hinweis

gaben, dass sie auch schon vor der Herausgabe der *Schutzbundzeitung* im *Schutzbund* aktiv waren, legten Wert darauf, dass sie zwar von ihrer grundsätzlichen Position im Februar 1935 abgerückt seien – allerdings beteiligten sie sich an der Flugblatt-Aktion „*nur der Zusammenarbeit mit der KP wegen*“ und auch das nur „*ausnahmsweise und teilweise*“. Grundsätzlich jedoch würden sie sich nur dann zu einer Aktion entschließen, wenn die Gewähr für das Gelingen der Aktion am größten sei, alles andere sei „*Scheinradikalismus*“ und Betrug.⁹⁸

Die *Schutzbundzeitung* wendete – vor dem Hintergrund dieses *Scheinradikalismus* – die Einheitsfrontpolitik der frühen Kommunistischen Internationale mit Geschick auch gegen die stalinisierte KP an: Statt „*in irgendeiner großartigen Aktion im KP-Stil wie ‚Generalstreik‘, ‚für Sowjetösterreich‘ und dgl.*“ einzutreten (und damit Illusionen in die reale Kampfkraft des Proletariats zu streuen), wäre „*bloß eine einfache, aber wirklich gut organisierte Massenpropagandaaktion*“ angebracht, z.B. gegen die Teuerung von Fleisch und anderen Lebensmitteln – indem also nichts anderes gemacht würde, „*als den Massen den Widerspruch zu zeigen zwischen der Teuerung, dem Elend und der Tatsache, dass vor ein paar Wochen sämtliche ausländischen Luxusautomobile ausverkauft waren*“.⁹⁹

Ab der zweiten Nummer wurde in nahezu jeder Ausgabe eine regelmäßige Rubrik *Politische Um- und Vorschau* publiziert.¹⁰⁰ Die Artikel bringen kurz gefasste Meldungen aus der Weltpolitik. Von besonderer Bedeutung waren naturgemäß der Konflikt Italien-Äthiopien und die Konsequenzen für das Verhältnis Italien-Deutschland-Österreich sowie die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion oder der Bürger/innen/krieg in Spanien. Letzterem wurde natürlich besondere Aufmerksamkeit gewidmet – u.a. in einem Leitartikel in der September-Nummer 1936.¹⁰¹ Klar wurden hier die Stärken und Schwächen der spanischen Revolution benannt. Das spanische Proletariat könne nur siegen, wenn es mit den bürgerlichen Kräften, den reformistischen Verrätern und mit der Volksfront-Politik „*von Sozialdemokratie und Stalinpartei*“ als dem „*Haupthindernis für die Mobilisierung und den Sieg der Massen*“ breche.¹⁰² Es könne nur siegen, wenn es sich „*kühn und entschlossen um das Banner der proletarischen Revolution sammelt*“.¹⁰³ Wie aber könne dem spanischen Proletariat am wirksamsten geholfen werden? „*Durch den siegreichen Kampf gegen unsere eigene Bourgeoisie!*“¹⁰⁴

Der *Kampfbund* machte sich keine Illusionen, dass ein neuer Krieg vorbereitet werde. Die August-Nummer von

⁹⁸ Auf dem Wege zur Zusammenarbeit. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1935, S.5

⁹⁹ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1935, S.5

¹⁰⁰ Die genaue Bezeichnung differiert geringfügig: Mit Ausnahme der Mai-Ausgabe 1935 („*Politische Rundschau*“) und der Juli-Ausgabe 1935, hier trug die Rubrik den Titel „*Politische Umschau*“, war der Name „*Politische Um- und Vorschau*“ bzw. „*Politische Vor- und Umschau*“. Lediglich in der September- und Dezember-Nummer 1936 und in der Abschlussnummer vom April 1937 fehlt diese Rubrik.

¹⁰¹ Hilfe dem spanischen Proletariat! – in: *Schutzbundzeitung*, September 1936, S.1ff.

¹⁰² ebenda, S.2

¹⁰³ ebenda, S.3

¹⁰⁴ ebenda, S.3

⁹⁵ Zur militärischen Arbeit im Schutzbund. – in: *Schutzbundzeitung*, April 1935, S.4; im Original hervorgehoben.

⁹⁶ ebenda, S.4

⁹⁷ Volksfront ist Niederlage. – *Schutzbundzeitung*, November 1936, S.1f.; Hervorhebungen im Original.

1935 konstatierte, „ein neues 1914 ist herangereift“.¹⁰⁵ „Schwül und gewittrig liegt über uns, so wie im Juli vor einundzwanzig Jahren. Nur noch des zündenden Blitzes bedarfes, und die neue ‚Eiserne Zeit‘ beginnt.“¹⁰⁶ Und im August 1936 wagte die *Schutzbundzeitung* schon eine erstaunlich genaue Prognose der künftigen Fronten: „Auf der einen Seite Japan, Deutschland, Polen, Italien, Finnland, Österreich, Ungarn, Albanien, Bulgarien; auf der anderen Seite: Frankreich, CSR, Jugoslawien, Rumänien, Russland, Türkei, Griechenland.“ England wurde noch als „unsicher“ eingestuft.¹⁰⁷ Auch wenn sich in Einzelfällen 1939 die Situation anders darstellte, die Grundlinien des künftigen Konflikts wurden genau erkannt. Jedenfalls war schon bald klar geworden, dass der Krieg Italiens gegen Abessinien nicht ausreichen werde, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln; dazu sei ein ganz gewaltiger Krieg notwendig. Denn trotz der beginnenden Kriegskonjunktur trete die Weltwirtschaft immer noch auf der Stelle. „Die Krise ist eben so gewaltig, die vorhandenen Warenbestände so groß, dass es eines ganz anderen als des ostafrikanischen Krieges bedarf, um die Magazine zu leeren und die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Dieser Wirtschaftserwecker wird der Zweite Weltkrieg sein.“¹⁰⁸

Dem kommenden Krieg stand als „Lichtpunkt“ nur mehr „der Kampf des spanischen Proletariats“ gegenüber. Auf ihn bezogen sich in der zweiten Jahreshälfte 1936 alle Hoffnungen – dieser Kampf werde auf die Arbeiter/innen/schaft auch in Österreich „belebend“ wirken.¹⁰⁹

Und auch die Österreich-bezogenen Einschätzungen sind zu großen Teilen zutreffend: So hatten sich mit dem Krieg gegen Abessinien die Divergenzen zwischen Italien und England verschärft. Die dramatischen Auswirkungen auf Österreich wurden zu Recht in einem verkleinerten Spielraum des österreichischen Regimes gesehen. Italien bleibe als Ausweg nur mehr die Verständigung mit Deutschland – und das heißt „auch die Verständigung mit Dtschld. über Österr. weiteres Schicksal“.¹¹⁰ Und Sommer 1936 musste die Schaffung der neuen Mächtekonstellation „im Herzen Europas“ konstatiert werden – „Um seinen abessinischen Raub abzusichern, hat sich Italien zur offenen Zusammenarbeit mit Deutschland entschlossen.“¹¹¹

Kritik am Entrismus

Wenn diese politischen Einschätzungen größtenteils zutreffend waren, müssen doch auch gravierende Schwächen benannt werden. Sie lassen sich gut am Verhältnis des *Kampfbundes* zur offiziellen *Linksopposition* festmachen. Der *Kampfbund* war nicht Teil der *Bewegung für die Vierte Internationale*, wie sich die Linksopposition seit der Konferenz vom Juli 1936 offiziell nannte. Seit Anfang der

1930er Jahre hatte es Differenzen mit Leo Trotzki gegeben. Doch nach unserem heutigen Sprachgebrauch war der *Kampfbund* zweifellos eine trotzkistische Organisation – er kritisierte wie Trotzki die Politik des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande, stand unversöhnlich der Volksfront-Politik gegenüber und geißelte die Verratspolitik der stalinisierten Kommunistischen Internationale. Sein offenes Bekenntnis zur Einheitsfrontpolitik, seine Kritik am Reformismus waren politisch eindeutig.

Gleichzeitig aber entwickelte der *Kampfbund* eine einseitige und letztlich falsche Kritik am Entrismus der *Bewegung für die Vierte Internationale*, also am Eintritt in reformistische oder zentristische Massenorganisationen mit dem Ziel, durch einen scharfen Fraktionskampf möglichst große Teile dieser Organisationen herauszubrechen und für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Der *Kampfbund* stand der Entrismus-Taktik grundsätzlich ablehnend gegenüber: Die Trotzkisten seien der französischen Sozialdemokratie, die sie nicht als kleinbürgerliche Partei, sondern als „Arbeiterpartei“ bezeichnen würden, beigetreten, „weil diese kleinbürgerliche Partei sich angeblich so sehr nach links entwickelt“ habe¹¹² – beides, sowohl der Charakter der SP als bürgerliche Arbeiterpartei als auch deren Linksentwicklung, wurde vom *Kampfbund* also in Frage gestellt.

Eine explizite Kritik an der Hauptströmung des zeitgenössischen Trotzkismus formulierte die *Schutzbundzeitung* im Mai 1936. Die *Trotzkisten* hätten sich in Frankreich und einer Reihe anderer Länder „mit der SP vereinigt“ und dadurch „die Arbeiter, die sich von der verräterischen SP loszulösen begannen, wieder zu ihr zurückgestoßen“. Damit habe „der trotzkistische Opportunismus, indem er die selbstständige unabhängige Organisation aufgab“, der SP und der KP über eine schwierige Situation hinweggeholfen. Und kryptisch wurde angemerkt: „Die Arbeit für die zu schaffende IV. Internationale wird auch die Bereinigung dieser Frage auf die Tagesordnung stellen müssen.“¹¹³ September 1936 wurde diese Position noch verschärft: Das Proletariat müsse seine Klassenpartei, die Vierte Internationale, schaffen – aber nur „unter prinzipieller Ablehnung und Bekämpfung des trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei“.¹¹⁴

Damit ging der *Kampfbund* unseres Erachtens einen entscheidenden Schritt zu weit. Denn er hielt das Prinzip der unbedingten organisatorischen Selbständigkeit hoch, ohne allerdings auf die Frage einzugehen, ob nicht als *taktisches Instrumentarium* eine kurzfristig angelegte Fraktionsarbeit in einer reformistischen Massenpartei prinzipiell zulässig und möglich sein könne. Eine Frage der *Taktik* wurde damit zu einer des *Prinzips* hochstilisiert und eine falsche organisatorische Scheidelinie gezogen. Der *Kampfbund* sah also im Entrismus einseitig nur, dass er – und diese Diskussion wäre an sich ja durchaus sinnvoll und zulässig gewesen – „außerordentlich die Sammlung der besten Arbeiter“ erschwere, „die nur um den politisch wie organisatorisch völlig selbstständigen proletarisch-revolutionären Kern wirklich erfolgreich vor sich gehen

¹⁰⁵ Für die Niederlage der bürgerlichen Vaterländer. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1935, S.1

¹⁰⁶ ebenda, S.1

¹⁰⁷ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.6

¹⁰⁸ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, November 1936, S.3

¹⁰⁹ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.7

¹¹⁰ Politische Vor- und Umschau. – in: *Schutzbundzeitung*, Juni 1936, S.7

¹¹¹ zur österreichisch-deutschen Verständigung. – *Schutzbundzeitung*, August 1936, S.3

¹¹² Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1935, S.5

¹¹³ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, April 1936, S.7f.

¹¹⁴ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1936, S.9

kann“¹¹⁵ Indem aus dieser durchaus ernst zu nehmenden taktischen Kritik eine des Prinzips wurde, isolierten sich letztlich die *Schutzbundzeitung* wie der *Kampfbund*. Sie lehnten daher auch das Prädikat *Trotzkismus* für sich ab – „um der Wahrheit willen“ und nicht, „weil wir diese Bezeichnung als besonders kränkend und ehrenrührig“ empfinden würden.¹¹⁶

Mit Ausnahme der Kritik am Entrismus, mit der die Abtrennung vom Hauptstrang der Linken Opposition begründet wurde, nahm die *Schutzbundzeitung* zur Entwicklung der linksoppositionellen Gruppen nur ganz ausnahmsweise und nur sehr indirekt Stellung. 1935 hatte sich eine von Karl Fischer, Josef Hindels und Georg Scheuer geführte linksoppositionelle Strömung aus dem *Kommunistischen Jugendverband* (KJV) herausgelöst und die *Revolutionären Kommunisten* (RK) gebildet. Nach kurzer eigenständiger Existenz schlossen sie sich mit der offiziellen Sektion zusammen – unter dem Namen RK, als Sektion der *Bewegung für die Vierte Internationale*, auf dem Programm der *Bolschewiki-Leninisten* und mit der Zeitung *Der Bolschewik*. Die *Schutzbundzeitung* kommentierte diese Entwicklung – vorsichtig eine Kritik formulierend – so:

„Die sozialpatriotische Politik von RS und KP lastet wie ein Grufdeckel auf der Arbeiterschaft, verhindert jede Regung des Widerstandes. Dennoch beginnt innerhalb dieser Parteien bereits eine oppositionelle Stimmung um sich zu greifen. So ist in der sich in Zersetzung befindlichen KP eine linksoppositionelle Gruppe entstanden, die sich ‚Revolutionäre Kommunisten‘ nennt und gegen die Politik der Landesverteidigung auftritt und sich zum Gedanken einer Vierten Internationale bekennt. Doch wird die neue Gruppe nicht umhin können, ihren Standpunkt noch näher zu präzisieren, insbesondere ob und warum es notwendig war, nachdem sie sich von der KP getrennt, eine eigene selbstständige Gruppe zu werden.“¹¹⁷

Die Moskauer Prozesse

Trotz dieser falschen Verallgemeinerung einer Kritik an der Entrismus-Taktik und einer daran festgemachten Abkoppelung vom Hauptstrang der Linksoption nahm die *Schutzbundzeitung* wie der *Kampfbund* in den entscheidenden Fragen richtige Positionen auch gegenüber Trotzki und der sowjetischen Linksoption ein. Die ausführlichste Analyse der Situation in der UdSSR findet sich in der September-Ausgabe 1936 im mehrseitigen Artikel *Der Moskauer Prozess*.¹¹⁸

1936 bis 1938 stand die alte Garde der Bolschewiki vor Gericht. Im Rahmen der „Großen Säuberung“ Stalins wurden hohe Partei- und Staatsfunktionäre der UdSSR wegen angeblicher staatsfeindlicher, terroristischer Aktivitäten angeklagt. Das Ziel war die Ausschaltung jeglicher

Opposition gegen die stalinistische Bürokratie, vernichtet wurde neben unzähligen ergebenen Bolschewiki praktisch die gesamte Führung der Oktoberrevolution – im *Prozess gegen das trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum* (Sommer 1936) u.a. Sinowjew und Kamenjew; 1937 folgte der *Prozess gegen das sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum* mit Todesurteilen gegen Radek, Pjatakow und andere, ebenfalls 1937 die Prozesse gegen die Militärführung um Marschall Tuchatschewski, 1938 der *Prozess gegen den Block der Rechten und Trotzkisten* mit den Todesurteilen gegen Rykow, Rakowski, Bucharin und andere. Der wahre Hauptbeschuldigte war jedoch Leo Trotzki – er sollte 1940 in Mexiko ermordet werden...

Für die *Schutzbundzeitung* standen im Hintergrund des Moskauer Prozesses die schlechten Lebensbedingungen des sowjetischen Proletariats und die wachsende Unzufriedenheit, die mit Terrormethoden unterdrückt werden sollte.¹¹⁹ Der Artikel (bei dessen Abfassung erst der erste der Moskauer Prozesse abgeschlossen war) solidarisierte sich eindeutig mit den Angeklagten, vor allem mit Leo Trotzki. Der Prozess sei vor allem gegen ihn geführt worden, weil er „standhaft und unbeugsam am Marx-Leninischen Gedanken der proletarischen Weltrevolution festhielt, allem Stalinschen Verrat zum Trotz“.¹²⁰ Gekennzeichnet sei der Prozess von „Niedertracht“ und „Verlogenheit“,¹²¹ allerdings hätten Kamenjew und Sinowjew ebenfalls Schuld auf sich geladen, indem sie nämlich Stalin in den 1920er Jahren „hinaufgeholfen“ hätten.¹²² Trotzdem waren auch Sinowjew und Kamenjew „proletarische Revolutionäre“ und hätten alle ihre Fehler auf der Linie der „internationalen proletarischen Revolution“ begangen, ohne die „konterrevolutionäre Politik des ‚Aufbaues des Sozialismus in einem Lande‘ zu ihrer eigenen gemacht“ zu haben.¹²³

Diesen ungeheuren Verbrechen Stalins zum Trotz sah die *Schutzbundzeitung* in Russland „immer noch“ einen „proletarische[n] Staat“, der solange den Klassencharakter nicht ändern werde, solange nicht „die kapitalistische Konterrevolution gewaltsam die Fundamente des Sowjetstaates zertrümmert und ihre weiße Diktatur aufrichtet“. Ganz auf der Linie Trotzki lag dann die Schlussfolgerung – es dürfe nicht vergessen werden, dass „Stalinbürokratie und Sowjetrussland zweierlei sind. Darum auch heute: für die Verteidigung Sowjetrusslands, für die bedingungslose Verteidigung aller Errungenschaften der Oktoberrevolution! Und gerade auch um der Verteidigung Sowjetrusslands Willen gegen Stalin, der die Sowjetmacht missbraucht, in die Katastrophe führt, ihr Banner in den Augen der Weltarbeiterklasse verächtlich macht und im Kot schleift. Für die Verteidigung der Sowjetmacht!“¹²⁴

Allerdings hat die Analyse ihre Schwächen und Tücken: Für den Artikel stand hinter Stalin bereits eine neue „*Ausbeuterklasse, die neue russische Bourgeoisie*“, die zwar noch „das Parteibuch in der Tasche trägt“ und sich „radikal ‚kommunistisch‘ tarnt“, aber nur darauf wartet, „der Stalinschen Bürokratie den Fußtritt zu geben“ und „den Staat der neuen russischen Kapitalistenklasse aufzurich-

¹¹⁵ Lehrreiches aus der Schweiz. – in: *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S.8

¹¹⁶ Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz. – in: *Schutzbundzeitung*, Mai 1936, S.8; „um der Wahrheit willen“ ist auch die Formulierung in: *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S.5

¹¹⁷ Politische Um- und Vorschau. – in: *Schutzbundzeitung*, Jänner 1936, S.6

¹¹⁸ Der Moskauer Prozess. – in: *Schutzbundzeitung*, September 1936, S.9ff.

¹¹⁹ ebenda, S.10

¹²⁰ ebenda, S.11

¹²¹ ebenda, S.11

¹²² ebenda, S.12

¹²³ ebenda, S.13

¹²⁴ ebenda, S.13; Hervorhebungen im Original.

ten“. Der Gegensatz zwischen dieser neuen Kapitalistenklasse und dem Proletariat wurde daher als „Klassengegensatz“ bezeichnet.¹²⁵

Diese Analyse war zutiefst einseitig. In den 1930er Jahren war der Hauptantriebsmotor der stalinistischen Konterrevolution nicht das Eigeninteresse einer neu entstehenden Bourgeoisie, sondern das einer sich auf der Grundlage einer nachkapitalistischen Produktionsweise breit machenden und das revolutionäre Erbe der Oktoberrevolution erstickenden Bürokratie. Die Schwäche des *Kampfbundes*, die Bedeutung der Bürokratie als privilegierte Kaste mit sich über das Proletariat erhebenden Eigeninteressen nicht richtig einordnen zu können, hatten wir bereits in der Frage der Vereinigung von Zweiter und Dritter Internationale gesehen. Trotz dieser Schwächen waren die Abschlussgedanken wieder politisch eindeutig und korrekt:

„Der Sturz der proletarischen Diktatur in Russland, der Zusammenbruch der Sowjetmacht wäre die größte, entsetzlichste aller Niederlagen für das Weltproletariat. Für lange Jahre wären die Aussichten des Kommunismus unter den Trümmern der Sowjetmacht begraben. Mit aller Kraft muss darauf hingearbeitet werden, dass die Katastrophe der Stalinbürokratie nicht zur Katastrophe der proletarischen Diktatur, des Sowjetstaates wird. Mit aller Kraft muss an der Schaffung der Vierten Internationale, an der Schaffung auch ihrer russischen Sektion gearbeitet werden. So, unter Führung dieser seiner Klassenpartei wird das russische Proletariat imstande sein, die ungeheure, immer größer werdende Gefahr abzuwehren, so, im revolutionären Bündnis mit den Arbeitern und Werktätigen der ganzen Welt, wird es Russland wieder zu dem machen, was es einst unter Lenin war: zum Ausgangs- und wichtigsten Stützpunkt der proletarischen Weltrevolution und damit wirklich zum Vaterland aller Unterdrückten und Geknechteten. Und dann wird jene feige Sippschaft mit dem Meuchelmörder Stalin zur Verantwortung gezogen, dann wird ihnen der Prozess gemacht werden. Nicht zur individuellen Rache gegen Stalin, die nicht das Geringste ändern und nur den Feinden der Arbeiterklasse helfen würde, rufen wir heute. Stalin und seine Mitschuldigen werden gerichtet werden vor dem Tribunal der wieder mit Leninschem Geist erfüllten Räte-macht. Die Rechnung für das von der Stalinbürokratie vergossene Blut proletarischer Revolutionäre, auch für das Sinowjews und Kamenjews, wird beglichen werden!“¹²⁶

Die Verfolgung der Oppositionellen in der UdSSR hatte natürlich auch Auswirkungen auf die stalinistischen Parteien weltweit. Die Redaktion der *Schutzbundzeitung* war ab Herbst 1936 mit einer sich noch weiter verschärfenden Gangart der KP gegen sich konfrontiert. Natürlich hatte dies nicht nur außenpolitische, sondern auch innenpolitische Gründe: Die KP konzentrierte sich ab dem VII. Weltkongress der Komintern auch in Österreich auf ein Bündnis aller „Antifaschisten“ unter Einschluss von bürgerlichen Strömungen bis hin zu den Monarchist/inn/en – und da störten *Kampfbund* und *Schutzbundzeitung*, die sich auf eine klassenkämpferische Antwort auf die faschistische Gefahr orientierten. Die KP orientierte sich also auf eine „Zusammenfassung aller ‚antifaschistischen

Kräfte‘ unter Ausschaltung der proletarischen Revolutionäre“, wie bitter in der Dezember-Ausgabe 1936 der *Schutzbundzeitung* bemerkt wurde.¹²⁷

Trotz aller Zugeständnisse, die bis zum Angebot des Verzichts auf eine eigene Presse reichten, ging die KP Ende 1936 daran, reinen Tisch zu machen: Unter Umgehung der Bezirksleitung, unter Bruch der Statuten und der organisatorischen Disziplin konstituierten sich mit Wissen und auf Wunsch der KP-dominierten Stadtleitung die KP-treuen Genossen als neuer *Schutzbund*-Bezirk VI., der als solcher die der gewählten Bezirksleitung vorenthaltenen Verbindungen mit der Stadtleitung aufnahm.¹²⁸ Als Begründung wurde von KP-treuen Genossen angegeben, „der Sinowjew-Prozess hätte bewiesen, dass wir Konterrevolutionäre und Agenten der Gestapo Hitlers seien, dass es daher keine Zusammenarbeit mit uns geben kann“.¹²⁹

Trotz all dieser Anschuldigungen betonte die *Schutzbundzeitung*, auch weiter „zur Zusammenarbeit mit den KP-Genossen, der Stadt- und Kreisleitung bereit“ zu sein.¹³⁰ „Wir verlangen nur, dass sie die Disziplin des Schb nicht verletzen und sich jenes Mittels bedienen, das revolutionären Arbeitern allein würdig ist: das des planmäßigen Überzeugens der Andersdenkenden!“¹³¹

Gleichzeitig wurden in der Dezember-Zeitung 1936 auch bereits offen die Möglichkeiten, ausgeschlossen zu werden, diskutiert. Es sei möglich, „dass die KP-Genossen, von Stadt- und Kreisleitung unterstützt, die Spaltung dennoch durchführen – gegen den Willen der Mehrheit des Bezirkes. Möglich sogar, dass unser Bezirk, der ja formal eine Minderheit im gesamten Schb darstellt, von der Stadtleitung überhaupt aus dem Schb gedrängt wird. Das kann uns nicht entmutigen. Die große Mehrheit des Bezirkes geht mit uns; und die besten, opferwilligsten, vorgeschrittensten Genossen im gesamten Schutzbund werden mit uns gehen! Gewisse Beschränkungen, die aus unserer Zugehörigkeit zum Schb entspringen, werden fallen und uns ermöglichen, in anderen Bezirken, in denen durchaus nicht alles mit der KP so zufrieden ist, wie diese vielleicht glaubt, anders aufzutreten als bisher. Die Art und Weise unserer organisatorischen Tätigkeit wird geändert werden, nicht aber ihr politischer Charakter. Auf jeden Fall aber: Ob im Schb, ob außerhalb des Schb, das Hauptziel unserer Arbeit, für das wir alle Kraft einsetzen werden, ist und wird sein: eine neue kommunistische Partei, die Vierte Kommunistische Internationale!“¹³²

Der Ausschluss aus dem Schutzbund...

Letztlich waren alle Appelle umsonst: Im Frühjahr 1937 wurde von den Stalinisten im *Schutzbund* *Mariahilf* ein *Rundschreiben an alle Genossen des Bezirkes* zirkuliert, mit dem „die Mitglieder des Rev. Schutzbundes (Trotzki-Richtung)“ aus dem Schutzbund ausgeschlossen wurden.¹³³ Es spricht einmal mehr für die politische Stärke

¹²⁵ ebenda, S. 10; im Original hervorgehoben.

¹²⁶ ebenda, S. 14; Hervorhebung im Original.

¹²⁷ Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. – *Schutzbundzeitung*, Dezember 1936, S. 4

¹²⁸ ebenda, S. 6

¹²⁹ ebenda, S. 6

¹³⁰ ebenda, S. 7

¹³¹ ebenda, S. 7; Hervorhebung im Original.

¹³² ebenda, S. 7

¹³³ Rundschreiben an alle Genossen des Bezirkes! – *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S. 1

des *Kampfbundes* in der Auseinandersetzung mit der KP, dass in der Abschlussnummer der *Schutzbundzeitung* dieses *Rundschreiben* mit den wüstesten Beschimpfungen in voller Länge abgedruckt wurde. Die *Schutzbund-Stadtleitung*, so das *Rundschreiben*, habe eine Resolution von *Schutzbund-Genossen* erhalten, in der „die Tätigkeit der trotzkistischen Agenten angeprangert und ihr Ausschluss aus dem Sch.-B. gefordert“ wurde.

„Diese Forderung der Genossen auf Ausschluss der Trotzkisten, die sich *Kampfbund* nennen, stimmt die Stadtleitung voll und ganz zu. Im Sch.-B. haben wohl alle Werktätigen ohne Parteiu Unterschied Platz, die gegen den Faschismus zu kämpfen gewillt sind, aber keine Trotzkisten, die sich als Agenten des Faschismus, als Feinde der Sowjetunion und ihrer Führer und als Feinde des revolutionären Proletariats überhaupt entlarvt haben. Sie würden die Namen und die Tradition des revolutionären Schutzbundes in den Augen der Werktätigen nur schänden und diskreditieren.“¹³⁴

Das vierseitige *Rundschreiben* wiederholte die stalinistischen Lügen – der Trotzkismus sei „ein aktiver Helfershelfer des Faschismus“¹³⁵ die „prinzipienlose Opposition“ habe „in ihrer konsequenten Fortführung die Trotzkisten und die mit ihnen verbündeten Sinowjewleute in der Sowjetunion bis zu jener konterrevolutionären Bande von Heuchlern, Doppelzünglern und Mördern geführt“. Überall würden die Trotzkisten denselben Weg gehen, und statt sich vom Trotzkismus abzuwenden, „stellen sich die trotzkistischen Gruppen in allen Ländern hinter die in Moskau verurteilte Mörderbande und schreien hysterisch um Rache für die erschossenen Konterrevolutionäre.“ Sie seien eben „gelehrige Schüler Trotzki“, die auch „einem kommenden Sowjetösterreich“ die „Mörder an revolutionären Führern der Werktätigen stellen würden“ – „falls nicht vorher das Proletariat, durch die Erfahrungen in der S.U. gewarnt, mit ihnen Schluss machen würde.“¹³⁶

Demgegenüber habe „die Revolution“ in der Sowjetunion „endgültig gesiegt“, der „sozialistische Aufbau schreitet mit Riesenschritten siegreich vorwärts. Die Bauernwirtschaften sind zu fast 100% kollektivisiert. Die Werktätigen der Sowjetunion erleben einen ungeahnten Aufschwung in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Und all das unter Führung der bei den Trotzkisten so verhassten bolschewistischen Partei und ihrem geliebten und großen Führer Stalin.“¹³⁷

An und für sich wären die Trotzkisten „eine bedeutungslose Gruppe“, wenn sie nicht „mit den Faschisten verbündet wären und von diesen aktiv unterstützt würden“. Daher müsse der Kampf gegen den Trotzkismus „mit aller Energie“ geführt werden, konkret: „Die Klassenwachsamkeit aller Genossen muss das Eindringen der Trotzkisten in revolutionäre Organisationen verhindern“. Damit solle ihnen „die Möglichkeit der Tarnung“ genommen werden, damit es ihnen nicht mehr gelingen könne, wie in einem Wiener Bezirk, wo sie sogar „unter dem Namen ‚Schutzbundzeitung‘ ihre trotzkistische Zeitung herausgaben, ihre konterrevolutionäre Tätigkeit in die Reihen der illegalen Organisationen hineinzutragen“. Der Abschlusssatz fasste

nochmals die Sicht der Stalinist/inn/en zusammen: „Der Trotzkismus ist der aktive Helfershelfer des Faschismus und ihm gilt unser Kampf ebenso wie dem Faschismus.“¹³⁸

Das *Rundschreiben* ließ keinen Interpretationsspielraum offen: Von der KP-treuen Kreisleitung III. war bereits eine neue *Schutzbundführung* des Bezirks VI., Mariahilf, ernannt worden. „Die Stalinisten“ hätten, so die letzte Nummer der *Schutzbundzeitung* vom 10. April 1937, „ihre Absicht durchgeführt und den 6. Bezirk, den sie politisch nicht für sich gewinnen konnten, ‚erobert‘, indem sie ihn zerschlagen und mit Hilfe der stalinistischen Stadtleitung Sch.-B. als Minderheit die Mehrheit ‚ausgeschlossen‘ haben.“¹³⁹

Die Antwort des *Kampfbundes* auf das *Rundschreiben*, mit dem seine Mitglieder aus dem *Schutzbund* ausgeschlossen wurden, brachte politisch wenig Neues. In einem langen historischen Exkurs wurden die Anschuldigungen gegen Trotzki richtig gestellt, der unterschiedliche Charakter der III. Internationale unter Lenin und in der Mitte der 1930er Jahre herausgearbeitet. Der *Kampfbund* bekannte sich einmal mehr zur Verteidigung der Sowjetunion „gegen alle Anschläge der imperialistischen Banditen“ – das sei „oberste Pflicht aller Arbeiter“. Tatsächlich könne dies nur durch den „unversöhnlichen Kampf“ gegen die Bourgeoisie im eigenen Land, durch deren Sturz und die Aufrichtung der proletarischen Macht geschehen.¹⁴⁰

Interessant war die Argumentation zum Ausschluss: Die Begründung sei „infam, verlogen und eine Provokation“, daher würde der Beschluss der Stadtleitung nicht anerkannt, niemand sei daran gebunden. „Wir fühlen uns nach wie vor in revolutionärer Kampfgemeinschaft verbunden mit allen Schutzbündlern, die ehrlich den Sturz des blutigen Faschismus und der Bourgeoisie wollen.“¹⁴¹

Und weiter: „Wir anerkennen den Beschluss der Stadtleitung nicht. Aber wir haben nicht die Absicht, im Bezirk, noch überhaupt, einen eigenen Schutzbund als Konkurrenz zu dem heute stalinistisch geführten Sch.-B. aufzubauen. Unsere prinzipielle Stellung zum Sch.-B. als einer proletarischen Kampforganisation bleibt aufrecht.“¹⁴² Natürlich hatte das keine faktischen Konsequenzen, es war eine ohnmächtige Demonstration des Willens, bis zum Schluss – ja darüber hinaus – um den eigenen Platz in einer proletarischen Einheitsfrontorganisation zu kämpfen.

Trotzdem mussten sich auch die Ausgeschlossenen und ihre Sympathisant/inn/en die Frage stellen, welche Konsequenzen nun zu ziehen wären. Ausgeschlossen waren vorerst ja nur die Genossen des Bezirkes VI., nicht jedoch ihre Mitstreiter in anderen Bezirken, v.a. in Erdberg und Margareten, wo ja bereits ab Februar 1934 eine Reihe von Genossen zum *Kampfbund* übergewechselt waren und immer noch Kontakte zu weiteren Schutzbündlern bestanden.

Zum ersten Mal allerdings bekannte sich die *Schutzbundzeitung* nun offen zum *Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse*: Nicht nur wurde jede Seite durch die Zeile „Leset und verbreitet die ‚Arbeitermacht‘, das Organ des Kampfbundes“ abgeschlossen, auch im Text wurde mehr-

¹³⁴ ebenda, S.1

¹³⁵ ebenda, S.2; im Original als Zwischentitel hervorgehoben.

¹³⁶ ebenda, S.2

¹³⁷ ebenda, S.3

¹³⁸ ebenda, S.4

¹³⁹ *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S.4

¹⁴⁰ ebenda, S.12

¹⁴¹ ebenda, S.5

¹⁴² ebenda, S.5; Hervorhebung im Original.

fach auf den *Kampfbund* Bezug genommen: Denn es war klar, dass die Ausgeschlossenen nicht die Unterstellung unter die neue stalinistische Schutzbundleitung propagieren konnten und wollten. Es dürfe nur eine Schlussfolgerung geben – „*sich mit uns dem ‚Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse‘ anschließen! Der Kampfbund ist in Österreich die einzige Organisation, die dauernd und konsequent für die proletarische Diktatur, für den Kommunismus und darum für die Vierte Internationale kämpft!*“¹⁴³ Der Kampfbund war zwar die größte und bedeutendste der linksoppositionellen Gruppen in Österreich, aber dennoch war die Aussage problematisch, denn der *Kampfbund* war nicht die einzige der linksoppositionellen Gruppierungen: Immerhin existierten neben dem Kampfbund auch noch die *Revolutionären Kommunisten*, die die offizielle Sektion der *Bewegung für die Vierte Internationale* bildeten.

Es gebe, so die *Schutzbundzeitung* nochmals beschwörend, für die „*vorgeschrittenen Arbeiter, für alle Ernst denkenden Arbeiter*“ keinen anderen Weg „*als sich zum Gedanken der Vierten Internationale zu bekennen. Und darum: Mit dem Kampfbund und für den Kampfbund!*“¹⁴⁴ Am Ende der langen Erwiderung der Appell:

„*Schutzbündler, macht Schluss mit RS (SP) und Stalinpartei! Macht Schluss mit II. und III. ‚Inter’nationale! Vorwärts zur IV. Kommunistischen Internationale, der Internationale der Weltrevolution! Vorwärts zur neuen Klassenpartei der Arbeiter auch in Österreich! Mit ihr erst wird die Grundvoraussetzung geschaffen, den Schutzbund den Händen der kleinbürgerlichen Verräter und Spalter zu entwenden und zu einer wahrhaft proletarischen Wehrorganisation zu machen. Darum: Stärkt den Kampfbund!*“¹⁴⁵

Ein Absatz der langen Erwiderung sollte allerdings noch eingehender dokumentiert und charakterisiert werden. Im *Rundschreiben* der Schutzbund-Leitung waren ja unverhohlene Drohungen ausgesprochen worden. Das war kein Einzelfall, dokumentiert ist etwa die Nennung legaler Namen von Oppositionellen in illegalen Publikationen, was einer offenen Denunziation gleichkam.¹⁴⁶ In einem Interview erinnerte sich der österreichische Trotzkist Heinrich Thomas über Enttarnungen durch die KP: Wenn etwa der auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der trotzkistischen Bewegung tätige Genosse Pokorny, „*der beim Schutzbund war, beim ‚Autonomen Schutzbund‘, in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn*“ aufgetreten sei und „*in der Versammlung die trotzkistische Linie, wenn auch umschrieben, vertreten hat, ist er so angegriffen worden. Das ist auch bei anderen Genossen passiert.*“¹⁴⁷ Wie gedachte sich der *Kampfbund* dagegen zu wehren?

„*Ihr nennt uns ‚aktive Helfershelfer der Faschisten‘ und droht, uns ‚wie Faschisten zu behandeln‘. Nun, wir wissen, was ihr mit diesen Worten meint. Wir kennen eure Absichten, und wir kennen eure Methoden. WIR sind prinzipielle Gegner jeder gewaltsamen Auseinandersetzung*

unter Proletariern. Wir sind insbesondere Gegner jener Methode der politischen ‚Auseinandersetzung‘, die mit Lüge und Verleumdung anfängt und mit Provokation und Denunziation oder mit noch Schlimmerem endet. Wir kennen eure Methoden und verabscheuen sie. Aber wir können uns vor ihr nicht anders schützen, als dass wir sagen: Wir werden uns zu wehren wissen. Es geht hart auf hart – und wehe euch, wenn durch eure Schuld auch nur ein einziger Genosse zu Schaden kommt! Nicht wir sind es, die diese Art der Auseinandersetzung wählen, nur an euch liegt es, sie zu vermeiden!“¹⁴⁸

In diesen Zeilen wird von manchen eine „*politisch fragwürdige, aber wirksame Verteidigung*“ gesehen.¹⁴⁹ Festzustellen ist einmal, dass die konkrete Form, wie sich die *Kampfbund*-Genossen wehren wollten, offen gelassen wurde. Es war nicht von Gegendenunziationen, die angedroht worden wären, oder ähnlichem die Rede. Es ist auch kein einziger Fall dokumentiert, in dem zu einem solchen Mittel gegriffen worden wäre. In einer politisch aufgeheizten Atmosphäre, in der gerade mit den Moskauer Prozessen die Vernichtung der alten Garde der Bolschewiki vor sich ging, können wir in den inkriminierten Zeilen noch nichts *Fragwürdiges* entdecken...

... und der Übertritt zum Kampfbund

Politisch abgerundet wurde die Abschluss-Nummer der bereits ausgeschlossenen *Kampfbund*-Schutzbündler durch den Wiederabdruck des bereits in der *Arbeitermacht*, dem Organ des *Kampfbundes*, im Februar 1937 erschienenen kurzen Artikels *Stalinsche Spaltungsarbeit*.¹⁵⁰ In diesem wurden noch einmal die Auseinandersetzungen um den *Schutzbund* resümiert und die Konsequenzen gezogen.

Auch wenn der *Kampfbund* den Ausschluss politisch bekämpfte und nicht anerkennen wollte: Der Ausschluss war vollzogen. Die Schutzbundorganisation *Mariahilf* hielt Anfang 1937 eine Vollversammlung ab, an der allerdings nur mehr die der „alten“ Bezirksleitung treu gebliebenen Genossen teilnahmen. Mit überwältigender Mehrheit bei nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde die Auflösung der Bezirksorganisation beschlossen. Wie geschlossen der Bezirk bis zum Ausschluss hinter der vom *Kampfbund* gestellten Leitung stand, davon zeugte ein weiteres Abstimmungsergebnis: Mit einer einzigen Gegenstimme wurde beschlossen, „*den ‚Kampfbund‘ mit allen Kräften zu unterstützen*“. Der *Kampfbund* seinerseits befürwortete natürlich diesen Beschluss und begrüßte die Schutzbündler mit folgenden Schlussgedanken in seiner Organisation:

„*Es gilt die Voraussetzung zu für die proletarisch-revolutionäre Militärorganisation zu schaffen, vor allem die Hauptvoraussetzung: die Gründung der proletarischen Klassenpartei. Selbstverständlich wird der Kampfbund die große Masse der ehrlichen Schutzbündler, die von der Stalinpartei / RS (SP) politisch betrogen und verführt werden, nicht im Stich lassen. Er wird ihnen nicht nur von außen die Wahrheit sagen und den Weg zeigen, sondern er wird überall, wo und wann er es als zweckmä-*

¹⁴³ ebenda, S.5

¹⁴⁴ ebenda, S.12

¹⁴⁵ ebenda, S.13; Hervorhebungen im Original; das Wort

„Kampfbund“ ist doppelt hervorgehoben.

¹⁴⁶ Keller, a.a.O., S.139

¹⁴⁷ Hans Schafranek, Manfred Scharinger und Eric Wegner: Interview mit Heinrich Thomas. – in: *Trotzkismus in Österreich, Marxismus* Nr.10, S.108

¹⁴⁸ *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S.13

¹⁴⁹ Keller, a.a.O., S.139

¹⁵⁰ *Stalinsche Spaltungsarbeit*. – in: *Schutzbundzeitung*, 10. April 1937, S.13f.

ßig erachtet, zum Kampf gegen diese Verratsparteien und ihre Verratspolitik illegale Fraktionen gründen im Stalinschen, auch im RS-Schutzbund und überhaupt in der Stalinpartei und in der RS (SP).“¹⁵¹

Zu dieser Fraktionsarbeit kam es nicht mehr – weder reichten die Kräfte für eine solche Arbeit, noch bestanden dazu knapp vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Voraussetzungen. Trotzdem aber konnte sich der *Kampfbund* durch den Zuzug aus dem *Schutzbund* noch einmal massiv stärken: Es gelang, die Gruppe der oppositionellen Schutzbündler „in die Frey-Organisation“, also in den *Kampfbund*, überzuführen.¹⁵² In der Folge traten etliche Schutzbündler und Wehrturmer, die bereits Sympathien für den Trotzismus entwickelt hatten, dem *Kampfbund* bei – darunter eine ganze Gruppe aus Wien-Erdberg.¹⁵³ Auch wenn ein großer Teil der Schutzbündler bereits vorher schon im *Kampfbund* organisiert war, bedeutete der Übertritt eine große numerische Stärkung des *Kampfbundes*. In ganz Wien, in Mariahilf, Margareten, Erdberg und in anderen Bezirken, könnten insgesamt, wie Franz Drexler schätzte, circa 30 bis 40 Schutzbündler übergetreten sein. Dabei muss offen bleiben, ob diese Zahlen die Summe der insgesamt aus dem *Schutzbund* zwischen 1934 und 1937 Gewonnenen darstellt (was eher zu vermuten ist) oder sich lediglich auf die Winter 1936/1937 Ausgeschlossenen bezieht. Der *Kampfbund* dürfte damit während des Austrofaschismus am Höhepunkt 80 bis 90 Leute organisiert haben.¹⁵⁴ Die ehemaligen Genossen des *Schutzbundes* bildeten damit einen nicht unwichtigen Bestandteil des *Kampfbundes* und waren auch in dessen Leitung vertreten: Bis Frühjahr 1938 bestand diese aus fünf Genossen: Josef Frey, Franz Modlik, Hans Babnik, Poldi Stadler und Ferdinand Dworak – wobei Stadler und Dworak als Repräsentanten des *Schutzbundes* fungierten.¹⁵⁵

Der Befreiungsschlag, mit dem sich die KPÖ von ihrer ungeliebten linken Opposition mit ihrer *Schutzbundzeitung* befreien wollten, war nur teilweise erfolgreich. Einerseits war es gelungen, eine kritische Stimme, die sich weder durch Einschüchterungen noch durch freundlichere Töne von ihrer prinzipiellen Linie abbringen hatte lassen, innerhalb des *Schutzbundes* mundtot zu machen. Zum anderen aber war der Niedergang des *Schutzbundes* nicht mehr aufzuhalten. Die Revolutionären Sozialisten hatten bereits 1935/1936 ihre Genossen aus dem *Autonomen Schutzbund* zurückgezogen und begonnen, mit den *Roten Stoßbrigaden* ihre eigene Wehrorganisation aufzubauen, die allerdings kaum in Erscheinung trat. Der *Autonome Schutzbund* hatte gegen Ende 1935 ein letztes Mal die Zahl seiner Mitglieder erhöhen können, dann hatte bereits der Niedergang begonnen, der sich auch 1936 weiter fortsetzte. Nachdem mit dem *Kampfbund* die letzte relevante oppositionelle Kraft den *Autonomen Schutzbund* hatte verlassen müssen, war die KP mit den ihr nahestehenden Schutzbündlern nun unter sich. Für die KP hatte daher der *Schutzbund* als „überparteiliche“ Organisation seinen Sinn

verloren. Ironischer Weise scheint es so, dass mit dem Ende der Auseinandersetzung mit dem *Kampfbund* auch die letzte Daseinsberechtigung des *Autonomen Schutzbundes* aus Sicht der KP weggefallen wäre – es scheint, dass die KP die Struktur nicht dem *Kampfbund* überlassen hatte wollen. In den kommenden Monaten löste sich der *autonome Schutzbund* in die KP hinein auf. Eine größere Zahl seiner Mitglieder ging – wie schon während des Jahres 1936 – nach Spanien, um in den *Internationalen Brigaden* gegen Franco zu kämpfen.

Die Intervention des *Kampfbundes* in den *Schutzbund* und die *Schutzbundzeitung* sind es jedenfalls Wert, der Vergessenheit entrissen und hier breit dokumentiert zu werden. Sie zeigt einmal mehr, dass es auch im Österreich der 1930er Jahre, trotz Illegalität und Verfolgung, eine revolutionäre Alternative zu sozialdemokratischer Koalitions- und stalinistischer Volksfrontpolitik gegeben hat. Dies zu dokumentieren und nachvollziehbar zu machen, ist die Aufgabe dieser Publikation.

Homepage der RSO www.sozialismus.net

Aktuelle Artikel zu Deutschland, Österreich, der Schweiz und international

Analysen zu den Themenbereichen Betrieb, Rassismus, Sexismus

Beiträge zu Theorie, Geschichte und Kultur

Webshop mit allen Publikationen der RSO (Marxismus-Buchreihe, Broschüren, Schulungstexte etc.)

Informationen über Veranstaltungen und Aktionen

Fremdsprachige RSO-Texte

¹⁵¹ ebenda, S.14; Hervorhebung im Original.

¹⁵² Hans Schafranek, Manfred Scharinger und Eric Wegner: Interview mit Heinrich Thomas. – in: *Trotzkismus in Österreich*, Marxismus Nr.10, S.89

¹⁵³ Angerer, a.a.O., S.31

¹⁵⁴ Manfred Scharinger, Eric Wegner: Interview mit Franz Drexler. – in: *Trotzkismus in Österreich*, Marxismus Nr.10, S.12

¹⁵⁵ Angerer, a.a.O., S.35

Zur Neuherausgabe

Mit der Neuherausgabe der *Schutzbundzeitung* macht die jetzt von der RSO herausgegebene *Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte* zum ersten Mal eine nicht unwichtige linksoppositionelle Zeitschrift im Umkreis des *Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* der interessierten linken Öffentlichkeit zugänglich. Unsere Dokumentation umfasst dabei neun Ausgaben des Jahres 1935, 10 Ausgaben aus 1936 und die bereits nach dem Ausschluss erstellte Abschlussnummer aus dem Jahr 1937. Wir schließen nicht aus, dass auch diese Zusammenstellung unvollständig ist und dass noch die eine oder die andere Flugschrift erstellt worden sein könnte. Durch die illegale Erscheinungsweise ist ja eine bibliotheksmäßige Erfassung der erschienenen Ausgaben nicht gegeben.

entscheidende Frage der Koalitionspolitik hat sich die RS bis heute gedrückt. Wenn es der RS um eine Einigung auf proletarisch-revolutionärer Grundlage wirklich ernst ist, dann soll sie erklären, dass sie ausnahmslos in jeder Situation jede Art der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit der Kapitalistischen Vertriebsarmee, jedes darauf gerichtete Streben als Verrat brandmarkt und soll danach auch tatsächlich handeln. Da die RS bis heute das unterlassen hat, zeigt uns, dass es sich letzten Endes um eine kleinbürgerliche Partei ist.

2. Diese Einstellung der RS zum Klassenkampf der Arbeiter ist die zwangsläufige Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters der RS, der dem kleinbürgerlichen Klassencharakter der 3. Internationale entspricht, die 3. Internationale ist klassenmäßig eine "Internationale" von kleinbürgerlichen Parteien, in denen einem kleinbürgerlichen Kopf grosse Arbeitermassen Gehör leisten. Dieser kleinbürgerliche Klassencharakter der 3. Internationale ist unabänderlich. Lenin hat es schon 1914 mit dieser "Internationale" geschrieben.

3. Das über die RS gesagte gilt auch von der KZ. Die KZ ist faktisch einer Internationale, die in Frankreich, in der CS in einer so entscheidend wichtigen Frage wie der kapitalistischen Landverteidigung mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet und die daran ist, diese sozialpatriotische Position auch in Österreich zu verteidigen (siehe den Aufruf der Stadtleitung des Schb zum abendlichen Konflikt, der von der KZ politisch inspiriert wurde). Ist der KZ wirklich ernst um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse so tun, dann soll sie erklären, dass sie in jedem kapitalistischen Land, auch in dem mit dem Land verbunden, die Landverteidigung prinzipiell ablehnt, dass sie in allen kapitalistischen Ländern Hinarbeit auf die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen jede Bourgeoisie. Es genügt nicht, zu sagen, "Versicht auf Unterstützung der eigenen Bourgeoisie in einem imperialistischen Krieg", man muss dieses Versicht ausdehnen auf das Land dieser Bourgeoisie und auf die Hinarbeit der kapitalistischen Kampfe. Das kapitalistische Streben, Hinarbeiten.

4. Diese Einstellung der KZ zum imperialistischen Krieg hat ihre letzte Wurzel in der rassistisch-nationalen Politik ("Aufbau des Sozialismus in einem Land") der 3. Internationale, in der das entscheidende Schwergewicht die russische KZ hat, die heute klassenmäßig die größte aller kleinbürgerlichen Parteien ist. Dieser kleinbürgerliche Klassencharakter der KZ und damit der gesamten Komintern ist unabänderlich.

5. Beide, RS und KZ sind also einer Ansicht nach kleinbürgerliche Parteien mit einer kleinbürgerlichen Politik. An diesen ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter ändert sich auch nichts, wenn sie und ihre Internationale sich zusammenhängen.

6. Die Ursachen der Niederlagen der Arbeiterklasse sind nicht in der Spaltung zu suchen, sondern in der kleinbürgerlichen Politik von RS und KZ, und 3. Internationale. Die Spaltung selbst ist nur Folge dieser Politik, die zwangsläufig Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters beider Parteien ist.

7. Die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kann national und international nur hergestellt werden von einer revolutionären proletarischen Kampfpartei, von einer revolutionären proletarischen Klassenpartei, auf der Grundlage des unverwundlichen revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie aller Länder im Frieden und im Krieg, auf der Linie der proletarischen Weltrevolution. Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse bedeutet Kampf für eine neu, wirklich kommunistische Partei, für eine neu, wirklich kommunistische Internationale.

8. Als eine der Grundlagen der Einigung wird die Anerkennung des Prinzipes des demokratischen Zentralismus genannt. Für dieses Prinzip als einzig revolutionäres Organisationsprinzip sind auch wir, doch ist mit dem Wesen des demokratischen Zentralismus, der Parteidemokratie, untrennbar verbunden das Recht auf revolutionäre Kritik und auf revolutionäre Diskussion in der Form, in der die Partei ihre Führung selbst durch die kollektive Mitarbeit, durch die kollektive Mitbestimmung ihrer Mitgliedschaft auch und vor allem in den entscheidenden Fragen der proletarisch-revolutionären Politik verankert.

Schutzbundzeitung, November 1936, S.7

In einem Fall, der Ausgabe der *Schutzbundzeitung* vom Mai 1935, waren die Vorlagen allerdings so schlecht, dass eine Reproduktion nicht vertretbar erschien. Wir mussten daher eine Abschrift anfertigen und sie in diese Ausgabe übernehmen.

Wir denken, mit der Neuherausgabe und der dafür gewählten Form sowohl dem Bedürfnis nach quellenmäßiger

Aber auch so ist unsere Zusammenstellung vollständiger als das bisher Bekannte: So sind selbst im *Archiv des österreichischen Widerstandes* nur 10 Nummern zugänglich – sechs aus 1935, drei aus 1936 und die Abschlussnummer von 1937. Statt wie bisher 78 Seiten, die im *Archiv des österreichischen Widerstandes* erfasst sind, können wir mit dieser Ausgabe nun 155 Seiten der *Schutzbundzeitung* vorlegen.

Allerdings sind die meisten Nummern – bedingt durch die illegale Erscheinungsweise – in einem schlechten Zustand. Viele Seiten waren nur schwer leserlich, sodass für die Herausgabe eine aufwändige digitale Aufbereitung nötig war. Am Beispiel einer Seite wollen wir dies demonstrieren:

entscheidende Frage der Koalitionspolitik hat sich die RS bis heute gedrückt. Wenn es der RS um eine Einigung auf proletarisch-revolutionärer Grundlage wirklich ernst ist, dann soll sie erklären, dass sie ausnahmslos in jeder Situation jede Art der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit der Kapitalistischen Vertriebsarmee, jedes darauf gerichtete Streben als Verrat brandmarkt und soll danach auch tatsächlich handeln. Da die RS bis heute das unterlassen hat, zeigt uns, dass es sich letzten Endes um eine kleinbürgerliche Partei ist.

2. Diese Einstellung der RS zum Klassenkampf der Arbeiter ist die zwangsläufige Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters der RS, der dem kleinbürgerlichen Klassencharakter der 3. Internationale entspricht, die 3. Internationale ist klassenmäßig eine "Internationale" von kleinbürgerlichen Parteien, in denen einem kleinbürgerlichen Kopf grosse Arbeitermassen Gehör leisten. Dieser kleinbürgerliche Klassencharakter der 3. Internationale ist unabänderlich. Lenin hat es schon 1914 mit dieser "Internationale" geschrieben.

3. Das über die RS gesagte gilt auch von der KZ. Die KZ ist faktisch einer Internationale, die in Frankreich, in der CS in einer so entscheidend wichtigen Frage wie der kapitalistischen Landverteidigung mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet und die daran ist, diese sozialpatriotische Position auch in Österreich zu verteidigen (siehe den Aufruf der Stadtleitung des Schb zum abendlichen Konflikt, der von der KZ politisch inspiriert wurde). Ist der KZ wirklich ernst um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse so tun, dann soll sie erklären, dass sie in jedem kapitalistischen Land, auch in dem mit dem Land verbunden, die Landverteidigung prinzipiell ablehnt, dass sie in allen kapitalistischen Ländern Hinarbeit auf die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen jede Bourgeoisie. Es genügt nicht, zu sagen, "Versicht auf Unterstützung der eigenen Bourgeoisie in einem imperialistischen Krieg", man muss dieses Versicht ausdehnen auf das Land dieser Bourgeoisie und auf die Hinarbeit der kapitalistischen Kampfe. Das kapitalistische Streben, Hinarbeiten.

4. Diese Einstellung der KZ zum imperialistischen Krieg hat ihre letzte Wurzel in der rassistisch-nationalen Politik ("Aufbau des Sozialismus in einem Land") der 3. Internationale, in der das entscheidende Schwergewicht die russische KZ hat, die heute klassenmäßig die größte aller kleinbürgerlichen Parteien ist. Dieser kleinbürgerliche Klassencharakter der KZ und damit der gesamten Komintern ist unabänderlich.

5. Beide, RS und KZ sind also einer Ansicht nach kleinbürgerliche Parteien mit einer kleinbürgerlichen Politik. An diesen ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter ändert sich auch nichts, wenn sie und ihre Internationale sich zusammenhängen.

6. Die Ursachen der Niederlagen der Arbeiterklasse sind nicht in der Spaltung zu suchen, sondern in der kleinbürgerlichen Politik von RS und KZ, und 3. Internationale. Die Spaltung selbst ist nur Folge dieser Politik, die zwangsläufig Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters beider Parteien ist.

7. Die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kann national und international nur hergestellt werden von einer revolutionären proletarischen Kampfpartei, von einer revolutionären proletarischen Klassenpartei, auf der Grundlage des unverwundlichen revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie aller Länder im Frieden und im Krieg, auf der Linie der proletarischen Weltrevolution. Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse bedeutet Kampf für eine neu, wirklich kommunistische Partei, für eine neu, wirklich kommunistische Internationale.

8. Als eine der Grundlagen der Einigung wird die Anerkennung des Prinzipes des demokratischen Zentralismus genannt. Für dieses Prinzip als einzig revolutionäres Organisationsprinzip sind auch wir, doch ist mit dem Wesen des demokratischen Zentralismus, der Parteidemokratie, untrennbar verbunden das Recht auf revolutionäre Kritik und auf revolutionäre Diskussion in der Form, in der die Partei ihre Führung selbst durch die kollektive Mitarbeit, durch die kollektive Mitbestimmung ihrer Mitgliedschaft auch und vor allem in den entscheidenden Fragen der proletarisch-revolutionären Politik verankert.

Genauigkeit als auch dem der Lesbarkeit Rechnung getragen zu haben.

In diesem Zusammenhang gilt unser besonderer Dank Genossen Günter Schneider. Die Überlassung eines Teiles des Archivs des ehemaligen *Kampfbundes für die Befreiung der Arbeiterklasse* hat diese Publikation erst möglich gemacht.

Schutzbundzeitung

Artikelübersicht

| Jahr | Monat | Seiten | Seite | Artikel |
|------|-----------|--------|-------|---|
| 1935 | | 53 | | |
| | April | 4 | | |
| | | | 1 | Zum Erscheinen |
| | | | 3 | Zur militärischen Arbeit im Schutzbund |
| | Mai | 6 | | |
| | | | 1 | 1. Mai 1935 |
| | | | 1 | Strategie und Taktik |
| | | | 2 | Hinter den Kulissen der Autorität |
| | | | 3 | Klare Sicht |
| | | | 4 | Politische Rundschau |
| | | | 5 | Zum SchB.-Prozess |
| | | | 6 | Eine Mahnung |
| | Juni | 6 | | |
| | | | 1 | Zur Spaltung des Sch.-B. |
| | | | 2 | Politische Um- und Vorschau |
| | | | 3 | Zur militärischen Arbeit im SchB. |
| | | | 5 | Nochmals unsere Stadtleitung |
| | | | 6 | Auf dem Weg zur Zusammenarbeit |
| | Juli | 6 | | |
| | | | 1 | Schafft die wirkliche Einheitsfront |
| | | | 3 | Politische Umschau |
| | | | 4 | Rechtfertigung |
| | | | 5 | Erwiderung der Redaktion auf die „Rechtfertigung“ |
| | August | 8 | | |
| | | | 1 | Für die Niederlage der bürgerlichen Vaterländer |
| | | | 4 | Politische Um- und Vorschau |
| | | | 7 | Organisationsstatut des Sch.B. |
| | | | 8 | Revolutionäre Methoden? |
| | | | 8 | Berichtigung |
| | | | 8 | [Zitate Pawlow und Lenin] |
| | September | 8 | | |
| | | | 1 | Gegen den Strom! |
| | | | 3 | Politische Um- und Vorschau |
| | | | 6 | Für revolutionäre Disziplin! |
| | | | 8 | Druckfehlerberichtigung |
| | | | 8 | [Zitate von Stalin, Marx, Lenin, Thorez] |
| | Oktober | 7 | | |
| | | | 1 | An unsere Leser! |
| | | | 1 | Der neue Burgfrieden |
| | | | 3 | Politische Um- und Vorschau |
| | | | 4 | Richtlinien für den Fall eines Krieges |
| | | | 5 | Antwort der Redaktion |
| | Dezember | 8 | | |
| | | | 1 | Um die Existenz des Schutzbundes |
| | | | 3 | Politische Um- und Vorschau |
| | | | 6 | Wahl von politischen Vertrauensmännern im Bezirk |
| | | | 7 | Warum Einheitsfront? |

| Jahr | Monat | Seiten | Seite | Artikel |
|-------------|------------------|---------------|-------------------------|--|
| 1936 | | 90 | | |
| | Jänner | 10 | 1 3 6 10 10 | Die Front der Sozialpatrioten Politische Um- und Vorschau Warum Einheitsfront Druckfehlerberichtigung [Redaktionelles] |
| | Februar | 6 | 1 4 | [Stellungnahme der Bezirksleitung VI. des Sch.B.] Politische Um- und Vorschau |
| | März | 10 | 1 4 8 9 | Schein und Sein Politische Um- und Vorschau Von unseren KP-Genossen erhielten wir folgende Zuschrift [Antwort an die Zuschrift] |
| | Mai | 9 | 1 4 8 | 1. Mai 1936 Politische Um- und Vorschau Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz |
| | Juni | 7 | 1 4 | Heute noch „revolutionäre“ Partei – und morgen? Politische Um- und Vorschau |
| | Juli | 4 | 1 3 | Die Reformistenfront ist an der Macht! Politische Um- und Vorschau |
| | August | 14 | 1 3 5 7 9 | Brennendes Spanien! Zur österreichisch – deutschen Verständigung Politische Um- und Vorschau Eine Auseinandersetzung [Zuschrift von unseren KP-Genossen] Eine Auseinandersetzung – Antwort der Redaktion |
| | September | 14 | 1 3 6 9 | Hilfe dem spanischen Proletariat! Neuer Name – aber ein alter Geist! Tief gesunken! Der Moskauer Prozess |
| | November | 8 | 1 3 5 6 | Gott mit dir, mein Oesterreich! ... Politische Um- und Vorschau Wir bringen folgenden Diskussionsartikel aus dem „Sprecher“ Nr.12 Unsere Stellungnahme |
| | Dezember | 8 | 1 3 8 8 8 | Volksfront ist Niederlage Ein neuer Spaltungsversuch der K.P. Lehrreiches aus der Schweiz Wie sie „Lernen“ Mitteilung |
| 1937 | | 14 | | |
| | 10. April | 14 | 1 4 13 | Rundschreiben an alle genossen des Bezirkes! [Antwort] Stalinsche Spaltungsarbeit |